Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Pistorius, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetzge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotdorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Bei Versand in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen pränum. kostet monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7880.

Nr. 275. Magdeburg, Donnerstag, den 24. November 1898. 9. Jahrgang.

Die Wahlbezirke Magdeburg-Sudenburg und Neustadt gehören der Sozialdemokratie!

Zwei Mandate der dritten Wahlabteilung erobert!

Resultat der Wahl am Montag, den 21. und Dienstag, den 22. November:

Wahlbezirk Magdeburg-Sudenburg:

1. Tag:	Maßbach (Kartell)	398 Stimmen
2. Tag:	Maßbach (Kartell)	516 „
	Insgesamt:	914 Stimmen.
1. Tag:	Voß (Soz.)	1105 Stimmen
2. Tag:	Voß (Soz.)	481 „
	Insgesamt:	**1586** Stimmen.

Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt:

1. Tag:	Schwartzkopff (Kartell)	380 Stimmen
2. Tag:	Schwartzkopff (Kartell)	595 „
	Insgesamt:	975 Stimmen.
1. Tag:	Schmidt (Soz.)	1088 Stimmen
2. Tag:	Schmidt (Soz.)	848 „
	Insgesamt:	**1886** Stimmen.

Demnach gewählt die Sozialdemokraten Dreher Otto Voss und Schriftsteller Albert Schmidt auf sechs Jahre.

Somit sitzen im Rathause in Magdeburg künftig drei Sozialdemokraten.

Abends ½8 Uhr wurde der Sieg der Sozialdemokraten überall verkündet, vor den Wahllokalen erschallten brausende Hochs auf die Sozialdemokratie. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt, und kam der am 16. Juni, am Tage der Reichstagswahl, gleich. Der Sieg ist um so bedeutungsvoller, da unsere Gegner eine fieberhafte Agitation entfaltet, das gesamte Beamtenheer auf die Beine gebracht hatten und speziell im Stadtteil Sudenburg die Agitation gegen die Sozialdemokratie auf das persönliche Gebiet gezogen wurde. So erfreulich diese beiden Siege auch sind, **noch dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, noch giebt es tüchtig zu thun, unsere ganzen Kräfte müssen angespannt werden.**

Mittwoch u. Donnerstag währt noch der Kampf um 6 Mandate im Wahlbezirk Magdeburg-Altstadt.

Obgleich die Verhältnisse in diesem Wahlbezirke für die Sozialdemokratie ungünstiger liegen, hat ihre Vertretung doch eine achtunggebietende Stimmenzahl auf sich vereinigt. Die vereinigten, in sich gespaltenen Gegner haben aber die Sozialdemokratie überflügelt. Und diesen Vorsprung wollen sie behalten. Gleich nach Bekanntgabe der Wahlresultate in Sudenburg und Neustadt ist noch eine stundenlang währende Agitation entfaltet, ist das Bürgertum mit den erdenkbarsten Mitteln aufgepeitscht worden. Die alten Mätzchen **von der Vaterlandslosigkeit der roten Rotte, die Ehe und Familie zerstören, Thron und Altar mit Gewalt stürzen, im Stadthause eine parteizersetzende und verhetzende Thätigkeit entfalten wollen, sind wieder aufgefrischt worden,** so daß dem Bürgertum Angst und Bange geworden. Man befürchtet den Sieg der sechs Sozialdemokraten auch in diesem Wahlkreise.

Daraus erwächst für die Sozialdemokraten der inneren Stadt die Pflicht, Mann für Mann an den Wahltisch zu treten und das Stimmrecht auszuüben.

Wenn den Sozialdemokraten der Vorstädte, woselbst Fabrikanten an den Wahltischen saßen, der Sieg gelungen, so ist der Sieg in dem Wahlbezirke der inneren Stadt, woselbst Fabrikanten an den Wahltischen nicht sitzen, auch möglich. **Es gilt nur zu agitieren und zu wählen.**

Der Sieg der Sozialdemokraten in den Vorstädten spornt die Sozialdemokraten der inneren Stadt zur rastlosen Arbeit an. In den Fabriken, Werkstätten, Comptoiren, Verkaufshäusern, auf Bauten ist sie zu entfalten, ist nachzuforschen, wer von seinem Wahlrechte nicht Gebrauch gemacht hat.

Sozialdemokraten! Die Reserven heraus und an den Wahltisch!

Sozialdemokraten! In Euren Händen liegt der Sieg! Erkämpft ihn! Die Situation ist günstig. **Das Bürgertum ist zerklüftet, uneinig!** Sollte über diese Uneinigkeit die geschlossene, fest zusammengeschweißte Sozialdemokratie nicht siegen können? Ja! **Wenn nur jeder Abonnent der Volksstimme von seinem Stimmrecht Gebrauch macht, ist der Sieg unser.**

Sozialdemokraten! Die Gesinnungsgenossen der Vorstädte, die Genossen außerhalb Magdeburgs blicken auf Euch. **Bereitet ihnen die Freude des Sieges,** rückt Mann für Mann an. Wir appellieren auch an Euch, Genossinnen, uns in diesem Kampfe beizustehen.

Wir haben mit unseren Widersachern abzurechnen. Diese Abrechnung hat gründlich zu erfolgen.

Wirke jeder einzelne, damit am Donnerstag abend auch die Sozialdemokratie der inneren Stadt, die Sozialdemokratie Magdeburgs Siegesfeste feiern kann.

Die Magdeburger Fehde.

(Aus einem Flugblatt, gedruckt in Eisleben anno 1572.)

Wir Bürger entzwei'n uns bis aufs Blut, —
Das macht der große Uebermuth,
Denn — nach der alten Weise,
Sowie der Esel Haber frißt,
Dann tanzt er auf dem Eise.

Und wenn auf **Donnerstag** das geschicht,
So naht des Himmels Strafgericht
Den Tauben und den Blinden,
Und — statt des Ordnungsbanners naht
Ein rot Panier in den Winden.

Zu wählen 6 Sozialdemokraten! Schluß der Wahlhandlung: Donnerstag abend 7 Uhr.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

[illegible]resultat vom 21. und 22. November im Wahlbezirk Magdeburg-Altstadt.

		1. Tag	2. Tag	Insges.
[illegible]	(Kartell u. lib. Ver.)	596	995	1591
[illegible]	„	595	993	1588
[illegible]	„	597	989	1586
[illegible]	„	586	995	1581
Schäfer (Kartell)		368	546	918
Schulz	„	352	496	848
Bornemann (lib. Ver.)		250	496	746
Finke	(Soz.)	346	395	741
Lankau	„	349	390	739
Meyer	„	346	393	739
Bethge	„	344	392	736
Böhme	„	344	391	735
Buchlow	„	346	388	734
Jacobi-Scherbening (lib. Ver.)		244	471	715

Die Parteigenossen sämtlicher Stadtteile, die sich frei machen können, wollen sich Donnerstag früh 8 Uhr im Restaurant Buchlow, Katharinenstraße, einfinden. Parteigenossen, kommt und helft! —

Im Wahllokal der Altstadt hat der **Antisemit Kreutz** sich sehr auffällig benommen; er spielt sich als den Leiter der Kuddelmuddelpartei auf und entfaltete im Wahllokale eine fieberhafte Thätigkeit. Dieses Handwerk ist ihm aber seitens des Wahlvorstehers gelegt worden. —

Nicht nur, daß die Stimmenabgabe durch die Oeffentlichkeit des Verfahrens erschwert ist, hat die Kuddelmuddelpartei noch **grüne Stimmzettel** anfertigen lassen, damit eine scharfe Kontrolle ausgeübt werden kann. Die Folgen dieser **Kontrolle** hat der Schulrat Dr. Platen bereits empfunden. Er ist wegen seiner Abstimmung von der Denunziantentruppe, die auch im Geschäftsleben ihr Unwesen führt, denunziert worden. Diese Gemeinheit richtet sich von selbst.

Der **Antisemit Schulze,** welcher früher an der antisemitischen Deutschen Wacht in Dresden thätig war, in Magdeburg an der Spitze des wirtschaftlichen Schutzverbandes steht, sich als ein eifriger Bekämpfer der Konsumvereine gebärdet, hat die gegen seine Person in öffentlicher Versammlung ausgesprochene Behauptung nicht widerlegt, daß er als Gegner des Konsumvereins mit dem Privatbeamtenkonsumverein in Geschäftsverbindungen steht und dem 10 Prozent Vergütung gewährt. —

Die Antisemiten fordern **die Polizeibeamten** auf, zu wählen: „Die Beamten der Polizei haben sich bisher auffallend gering an der Wahl beteiligt und die Sozialdemokraten versuchen alles, auch in der Altstadt zu siegen. Wir betrachten es als eine Ehrensache jedes Nicht-Sozialdemokraten, zur Wahl zu gehen. — Nach bisherigen Erfahrungen scheint die Absicht zu bestehen, jeden Polizisten bei dem Präsidenten zu denunzieren, der von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht. Eine solche Kampfesweise ist nichtsnutzig. —

Das Vorgehen der wirklich liberalen Elemente wird von den Antisemiten noch immer als **Quertreiberei** betrachtet. Doch glaubt ihr Organ nicht an einen Erfolg dieser Quertreibereien angesichts des Ausganges der Wahl in den Vorstädten, sondern hofft, daß das Bürgertum mit aller Macht antritt, um nicht das traurige Resultat der Reichstagswahl zu erleben. Es soll für jeden Nicht-Sozialdemokraten unter den obwaltenden Umständen eine Pflicht sein, von der nur der Tod entbindet, anzutreten. Aengstlich wird dann ausgerufen: Keine Sonderbündelei mehr! Gemeinsam muß die sozialdemokratische Gefahr zurückgewiesen werden, der Kampf ist nicht leicht, der Sieg aber um so schöner. — Mit welchen Mitteln die Antisemiten weiter kämpfen, lehren die folgenden Zeilen. —

Da die liberale Richtung **ihre Kandidaten nicht zurückzieht,** werden sie von Antisemiten angepöbelt. Die Antisemiten, die sattsam Dreck am Stecken tragen, haben sich auch heute den Herrn Jacobi-Scherbening vorgebunden und behaupten von ihm: „Herr Victor Jacobi-Scherbening hat 4000 Mark der verehelichten Ida Busch, des früheren Dienstmädchens seiner Eltern unterschlagen, doch ist er wegen Verjährung dafür nicht bestraft worden.“ (Im Eingesandt ist die Wahrheit zu lesen.) Der Zweck dieser Zeilen geht aus folgendem Satze hervor: „Da die Kandidatur Jacobi-Scherbening, die so wie so nicht ernst zu nehmen war, nun überhaupt nicht mehr in Frage kommen kann, so wäre es für d[illegible] Liberalen die beste Lösung, ihre Sonderbestrebungen fallen zu lassen und nunmehr für die Kandidaten des Kartells einzutreten.“ Arbeiter, den Besen angesetzt! Das Verleumdergesindel auf den Kehrichthaufen! Eine Preisfrage: Wie befinden sich die „Freisinnigen“ in der Gesellschaft dieser Verleumder? —

Im Amtlichen Anzeiger lesen wir: **Auf zur Wahl!** Dies Mahnwort rufen wir noch in letzter Stunde allen reichstreuen Wählern Magdeburgs und der Außenstadtteile zu. ... Das bisherige Wahlresultat, insbesondere das in den Außenstadtteilen, ist ein solches, auf das die Ordnungsparteien nichts weniger als stolz sein dürfen. Im Interesse des Gemeinwohls, im Interesse Magdeburgs sollte noch im letzten Augenblick jeder Wähler, dem die gesunde Entwicklung seiner Vaterstadt am Herzen liegt, das eigene Ich in den Hintergrund stellen und seine Stimme abgeben lediglich zur Vermeidung eines Wahlsiegs der Sozialdemokratie. Front gegen die Sozialdemokratie! das sollte in dieser letzten Stunde einzig und allein die Wahlparole sein. ... Ganz besonders legen wir diese Mahnung zur Einigkeit noch den Wählern der Altstadt ans [illegible], damit wir nicht auch hier noch in letzter Stunde [un]angenehme **Ueberraschungen** erleben. Auf zur Wahlurne Mann für Mann, es gilt den Kampf der guten, staatserhaltenden Ele[mente] gegen **die Elemente des Umsturzes und [Zw]ietracht!** Hier kann es für uns nur eine Parole geben und die heißt: Contra Sozialdemokratie! Genüge daher jeder der Wahlpflicht, damit er sich nicht später den Vorwurf zu machen braucht, ein pflichtvergessener Bürger seiner Vaterstadt, ein indirekter Förderer sozialdemokratischer Bestrebungen zu sein! — Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr! —

Wer die ihm vom Magistrat zugestellte Einladung nicht mehr aufzuweisen hat, nehme den Steuerzettel oder irgend eine andere Legitimation mit. Die von uns aufgestellten sechs Kandidaten sind sämtlich zu wählen. Die Namen dieser Genossen sind sämtlich dem Wahlvorsteher zu nennen. Die Kandidaten gelten für die Altstadt (einschließlich Werder, Friedrichstadt, Wilhelmstadt). Stimmzettel sind am Wahllokale in dem Rathause zu haben. —

Im Kampfe um die Stadtverordnetenmandate ist seitens unserer Gegner behauptet, daß im Falle eines Sieges der Sozialdemokraten „die Stadtverordnetenversammlung Gefahr läuft, aus einer Stätte ernster und sachlicher kommunaler Arbeit der Tummelplatz leidenschaftlicher und verhetzender Parteibestrebungen zu werden.“ Wir haben diese Behauptung zurückgewiesen und betont, daß die Sozialdemokratie u. a. auch die Förderung aller gemeinnützigen Einrichtungen und Unternehmen erstrebt. Daß diese Behauptung keine leere Redensart ist, geht wieder einmal aus dem Vorgehen unserer Leipziger Genossen hervor, die im Stadthause die Neuanlegung von Spielplätzen fordern. Die Bedeutung dieser Forderung werden diejenigen Einwohner am besten zu würdigen wissen, die in den dichtbevölkerten Vororten wohnen und viel Kinder besitzen. Die herrschende Wohnungsnot nützen die Leipziger Hausagrarier nicht nur insoweit aus, als sie die Mietpreise in die Höhe treiben, so daß sie für die Ernährer kinderreicher Familien unerschwinglich werden, nein, sie suchen auch solche Familien gänzlich aus ihren Häusern zu entfernen. So werden diese Familien immer mehr in den entlegeneren Vororten zusammen gepfercht. Wer an schulfreien Nachmittagen z. B. die Straßen unserer östlichen Vororte durchwandert und die Kinderschwärme sieht, wird zugeben müssen, daß dort nicht nur die Armen, sondern auch die mit Kindern reich „gesegneten“ Familien zusammen wohnen. Das Straßenleben ist aber für die Kinder nicht allein wegen des stark entwickelten Verkehrs gefährlich, sondern auch in sittlicher Beziehung erfordert dieser Zustand dringende Abhilfe. Sorgenvoll und hilflos steht der einzelne, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, dieser großstädtischen Erscheinung gegenüber. Hier ist es Pflicht der Stadtverwaltung, durch Anlegung von Kinderspielplätzen in genügender Zahl Abhilfe zu schaffen. Die dazu erforderlichen Mittel können bei anderen Ausgaben, z. B. für Sport-, Luxus- und kirchliche Zwecke, mit Leichtigkeit erspart werden, denn hier kommt nur das Interesse einzelner in Frage, während es sich bei der Anlegung und Unterhaltung von Kinderspielplätzen um Forderungen handelt, die im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt erhoben werden müssen. —

Beamten- und Lehrerkonsumvereine.

(Der Monatsschrift für deutsche Beamten entnommen.)

Die Konsumvereine der Beamten sind fortwährenden Angriffen von seiten gewisser Kaufleute ausgesetzt. Es wird gefordert, daß Staats- und Gemeindebeamte nicht Mitglieder von Konsumvereinen sein sollen, weil sie durch Umgehung der Zwischenhändler bei Deckung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse diese Steuerzahler, die die Beamten erhalten müßten, schädigten.

Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß die Verbreitung der Konsumvereine die Interessen einiger Kleinhändler ungünstig beeinflussen mögen. Aber es will uns nicht einleuchten, daß deswegen die persönliche Freiheit der Beamtenschaft, ihre Bedürfnisse da zu decken, wo es ihr angemessen erscheint, auch nur im geringsten eine Einschränkung erfahren müßte.

In dem Kampfe gegen das Konsumvereinswesen spielt das Schlagwort „Schutz des Mittelstandes“ eine bedeutende Rolle. Man meint, mit dem Schutze der kleinen Kaufleute sei das Konsumvereinswesen nicht zu vereinbaren. Aber dabei übersieht man nur zu leicht, daß der Beamtenstand im wesentlichen sich ebenfalls zum Mittelstande rechnet, der auch geschützt sein will, und der des Schutzes nicht minder bedarf als der Handelsstand. Wir verargen dem Handelsstande nicht, zur Wahrung und Sicherung seiner Interessen zu thun und zu lassen, was er will, aber wir verlangen eine gleiche Freiheit des Thuns und Lassens auch für uns.

Der Grundgedanke der Konsumvereine ist, die Vereinigung wenig Bemittelter zu vorteilhafterem Einkauf der ersten Lebensbedürfnisse zur Erringung derjenigen Vorteile, die der Begüterte bereits besitzt. ... Sollen wir ruhig zusehen, wie die Verkäufer uns den Preis bestimmen, viel höher, als wir ihn auf dem Wege der Vereinigung erzielen können, sollen wir, kurz gesagt, unsere Interessen schutzlos preisgeben, nur damit die Kleinhändler ein ruhiges und zufriedenes Leben führen mögen? Wer das verlangt, der verdammt sich und die ganze menschliche Gesellschaft zu vollständiger Erstarrung. Was würde der Zwischenhändler sagen, wenn man ihm vorschreiben wollte, bei wem er zu kaufen oder nicht zu kaufen hätte? Und nun die Behauptung, daß durch unsere Konsumvereine die Zwischenhändler als Steuerzahler, die die Beamten [illegible] müßten, geschädigt würden!

Handeltreibende, Erwerbsthätige haben wir in Deutschland 2,5 Prozent der Bevölkerung. Wir protestieren gegen die Behauptung, daß die deutsche Beamtenschaft von den Steuern dieser winzigen Minderheit erhalten werde. Der deutsche Beamtenstand zahlt selbst Steuern, zuweilen sogar relativ mehr als Händler; seine Dienste kommen der Allgemeinheit zu statten, er steht jedenfalls nicht im Dienste einzelner Erwerbsklassen, darf sich aber rühmen, durch seine Thätigkeit einen sehr wesentlichen Teil der Mittel herbeizuschaffen, die zur Deckung des Staats- und Reichsbedarfes, insbesondere auch zur Besoldung der Beamten, erforderlich sind.

Wir haben dem nur noch hinzuzufügen, daß der Umsatzsteuerkrieg gegen die Konsumvereine in der Gemeindevertretung ausgefochten wird. Wer feste, entschlossene, prinzipielle Gegner der Umsatzsteuer in das Stadtverordnetenkollegium schicken will, der muß Sozialdemokraten wählen.

Papst Eugen Richter.

-t. Berlin, den 28. November 1898.

Der Streit in der freisinnigen Partei ist in eine neue beachtenswerte Sphäre gerückt. Eugen Richter hat wieder einmal den Papst gespielt und in seinem Unfehlbarkeitsdünkel den Bannfluch gegen einen Teil seiner eigenen in Berlin organisierten Parteigenossen geschleudert. Vor einigen Tagen ist der Centralausschuß der freisinnigen Volkspartei, dem die Fraktionsmitglieder und die Vorstände der Bezirksverbände angehören, beisammen gewesen. Eugen Richter hat den Vorsitz geführt und als solcher eine Bannfluchresolution gegen zwei Berliner Bezirksvereine durchgesetzt, die ihn und seine Freisinnige Zeitung wegen der manchesterlichen Haltung in der kommunalpolitischen Frage der Verstadtlichung der Elektricitätswerke angegriffen hatten. In der Bannfluchresolution wird außerdem der Freisinnigen Zeitung ein Wohlverhaltungszeugnis ausgestellt. Die Sache hat für uns nur eine komische Seite, für die freisinnige Partei freilich auch eine ernste, denn es zeigt sich hier deutlich, wie sehr das demokratische Bewußtsein bei der Parteileitung im Niedergange ist. Komisch ist die Sache aber nicht nur für den Fernstehenden sondern auch für die in den Bann gethanen Parteigenossen, denn Papst Eugen ist hier Kläger und Richter in einer Person. Daß ein Parteileiter seine Leitung für schlecht hält, daß ein Zeitungsherausgeber die Haltung seiner Zeitung verwerfen soll, ist nicht zu verlangen, aber wenn er sich in der einen oder andern Richtung selbst lobt, so hat das etwas verzweifelt komisches und lächerliches an sich.

Durch das Schleudern des Bannstrahls ist natürlich der Krakehl in der freisinnigen Partei keineswegs beigelegt, sondern im Gegenteil verschärft worden. Die Blätter, welche bisher schon in Opposition zur Freisinnigen Zeitung gestanden haben, nehmen sich der Verfehmten an und führen den Krieg mit den neuen Waffen, die ihnen der undemokratische Centralausschuß geliefert hat, in einer für jeden Außenstehenden ergötzlichen Weise fort. Eins dieser Oppositionsblätter, die Berliner Zeitung, bringt einen Artikel, in welchem sie die Thatsache, daß die freisinnige Volkspartei prozentual bei der letzten Reichstagswahl am meisten Stimmen verloren hat, mit der Leitung der Partei durch Eugen Richter und seiner Haltung in der Freisinnigen Zeitung in ursächlichem Zusammenhang bringt. Sie schlägt zugleich zur Gesundung der Partei ein neues Programm vor und verlangt erstens die Trennung der Parteiführerschaft von der Redaktion des Parteiblattes. Zweitens verlangt das Blatt „eine energische, wirtschaftliche Aktion in der einzigen positiven Richtung, die der Liberalismus gehen kann, im Genossenschaftswesen. (Die Genossenschaften müssen dem kämpfenden Liberalismus dasselbe sein, was die Kriegervereine für die Reaktion sind.) Drittens, sagt das Blatt, brauchen wir eine energische, mit allen und namentlich mit allen wirtschaftlichen Mitteln geführte Agitation unter der niederen Landbevölkerung, zumal unter den Landarbeitern. Nur auf diese Weise kann der Liberalismus doppelt das gewinnen, was er an die Sozialdemokratie verloren hat. Er kann es gewinnen, indem er die Rechte schwächt, nicht aber, wie durch den tollen Kampf gegen die Sozialdemokratie, indem er die Linke zu schwächen sucht.“

Wir glauben zwar nicht, daß die genossenschaftlichen „Kriegervereine“ die Partei wieder auf die Beine bringen können, der Freisinn wird von der Sozialdemokratie über kurz oder lang weggefegt werden. Aber es muß doch zugegeben werden, daß die freisinnige Opposition doch von der Sozialdemokratie gelernt hat und ihr ein leises Dämmern aufgegangen ist, daß es mit der ödesten Manchesterei, wie sie Eugen Richter und sein Generalstab betreiben, nicht mehr geht. Die Elemente, die sich aber erst vom Manchesterfreisinn abwenden, werden bald noch einen Schritt weiter gehen und einsehen lernen, daß sie die Reihen der Sozialdemokratie verstärken helfen müssen. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Aus Düsseldorf wird geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einer Rede in einer hiesigen Protestversammlung gegen die vom Kaiser angekündigte Vorlage wurde Genosse Schaal-Solingen von der hiesigen Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Die von den Sozialdemokraten angefochtene Gemeinderatswahl in Bretzenheim bei Mainz wurde heute vom Kreisausschuß wegen vorgekommener grober Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. Die Gemeinde wurde in die Kosten verurteilt. —

Im mecklenburgischen Landtage, der seit dem 11. November in Malchin versammelt ist, ist der Versuch einer partikularistischen Sozialistengesetzgebung gemacht worden. Ein Antrag des ritterschaftlichen Amtes Bukow verlangte die Ergreifung schärferer Maßregeln gegen die Sozialdemokratie und zwar durch „authentische Interpretation“ der V.-O. vom 27. Januar 1851. Der Landtag beschloß jedoch, diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Vielleicht kehrt der Antrag in anderer Form wieder. Unsere Genossen beobachten aufmerksam den Gang der Dinge. —

In Sachen der jüdischen Lehrerinnen hat die Vereinigung jüdischer Schulmänner zu Berlin nach einem Referate des Rektors Dr. Adler und eingehender Debatte eine Protestresolution angenommen, welche in der Zurücksetzung der von den Maßregeln des Provinzialschulkollegiums betroffenen jüdischen Lehrerinnen ein gegen den ganzen jüdischen Lehrerstand gerichtetes unverdientes Mißtrauen erblickt. —

Ein Einkommensteuergesetz und ein Vermögensteuergesetz sind dem Gothaischen Landtag zugegangen. Das Vermögensteuergesetz läßt die Vermögen bis 6000 Mark steuerfrei und besteuert von 6000 Mark an das Tausend mit 50 Pf. Das Einkommensteuergesetz läßt alle Einkommen unter 500 Mark und durch die gestatteten Abzüge teilweise solche bis 700 Mark steuerfrei. Damit verliert, falls der Landtag nicht Vorkehrungen trifft, nahezu die Hälfte aller Gothaischen Staatsbürger ihr Wahlrecht zum Landtag. War dies der Zweck der Vorlage? —

Das zweite sächsische Armeekorps, dessen Bildung bereits in Aussicht genommen sein soll, tritt nur im Falle einer Mobilmachung zusammen. So melden sächsische Blätter. —

Eine Privatdepesche der Frankfurter Zeitung meldet: Die von den Wollenwaren-Fabrikanten geplante Leipziger Protest-Versammlung gegen den Wollzoll findet definitiv nicht statt. Die Fabrikanten gehen offenbar von der Meinung aus, daß die Einführung eines Wollzolles überhaupt ausgeschlossen ist. Hoffentlich erfährt dieser Optimismus keine Enttäuschung. —

Das Einfuhrverbot für Rindvieh aus der Schweiz ist von der badischen Regierung dem Berliner Tageblatt zufolge noch weiter ausgedehnt worden. Nur weiter auf diesem Wege. —

Das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch und Rindfleisch aus Holland ist nach der Kölnischen Volkszeitung für den Kreis Rees aufgehoben worden. Ein kleiner Anfang. —

Die „Alldeutschen" Oesterreichs, Schönerer und Iro, hielten am Sonnabend abend in der vom Norddeutschen Jugendbund veranstalteten Festversammlung „hochpolitische, den Fürsten Bismarck feiernde Reden", die hinzielten auf den dermaleinstigen Anschluß der 0 Millionen Deutschösterreicher an das deutsche Reich. Die Schönerianer „wollen alle Jahre zum Grabe Bismarcks wiederkehren, um sich dort Mut und Kraft zum Ausharren in ihrem schweren Kampfe zu holen". —

Nachrichten aus dem Auslande.

Aus Frankreich ausgewiesen wurden der russische Schriftsetzer Miscislas Goldberg sowie der jüngst aus der Schweiz ausgewiesene Buchdrucker Germani wegen ihrer Beziehung zu ausländischen Revolutionären. Und trotzdem ein Anarchistengesetz? —

Der Kölnischen Zeitung wird aus Sofia gemeldet: Die Polizei beschlagnahmte eine massenhaft verbreitete, angeblich von einem revolutionären Geheim-Komitee verfaßte Broschüre gegen den Fürsten Ferdinand, in welcher die Entthronung des Fürsten verlangt wird. —

Ueber neue Rüstungen der Vereinigten Staaten wird der Schlesischen Zeitung aus New-York gemeldet, Marinesekretär Lang werde auf Grund neuester Abmachungen im Gesamtministerium vom Kongreß die sofortige Bewilligung von dreizehn neuen Kriegsschiffen verlangen. Diese werden sein: drei große Schlachtschiffe erster Klasse, drei Panzerkreuzer von möglichst großer Schnelligkeit, zwei besonders stark ausgerüstete Panzerkreuzer und fünf Panzerkreuzer zweiter Klasse. Diese Schiffe sind in drei Jahren zu bauen. Die Kosten werden auf 200 Millionen Mark beziffert. Erst unlängst hat der Kongreß 400 Millionen für den Bau von 36 Torpedobooten verschiedener Klassen bewilligt. Der Effektivbestand der Marinetruppen soll auf 17 000 Mann erhöht werden. Die Waffen nieder — rief Zar Nikolaus. —

Parlamentarische Nachrichten.

Die Podbielskischen Postreformen werden sich dem Reichstag vermutlich gleich bei seinem Zusammentritt präsentieren. Das Wichtigste daraus ist die Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm, eine Reform, die um so dringlicher geworden ist, als bereits im vorigen Jahr der Weltpostverein das Höchstgewicht für einfache Briefe im Weltpostverkehr auf 20 Gramm heraufgesetzt hat. Endlich soll die seit langem angekündigte Neuregelung des Postzeitungstarifs erfolgen. Bisher wurden die Postgebühren für die Zeitungsbeförderung nach Prozenten des Abonnementspreises bemessen. Jetzt soll das Gewicht und die Häufigkeit des Erscheinens einer Zeitung mit in Berechnung gezogen werden. Näheres ist noch nicht bekannt. Den Privatposten soll es nunmehr definitiv an den Kragen gehen. Das Postregal soll auf die geschlossenen Ortsbriefe ausgedehnt und der Portosatz für den Stadtverkehr auf 5 Pfennig bemessen werden. Die Reichspost würde damit immer noch um 2 Pfennig teurer sein, als die jetzigen Privatposten, und es ist nicht einzusehen, wie diese Mehrbelastung des Verkehrs zu begründen ist. Die Inhaber der Privatposten sollen entschädigt werden, von einer Entschädigung oder Weiterverwendung der Beamten und Arbeiter im Reichspostdienste verlautet nichts. Hier wird die sozialdemokratische Kritik in erster Linie einsetzen. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Der **Wahlkampf** in den Wahlbezirken Sudenburg und Neustadt ist beendet, die Sozialdemokratie ist als Siegerin aus diesem Kampfe hervorgegangen — Jubel herrscht überall. Es war ein heißes Ringen um die freigewordenen Mandate, dieses Ringen ist aber belohnt worden. Wenn wir erwägen, wie schwer der Kampf den Arbeitern durch die öffentliche Stimmabgabe, die Unzulänglichkeit der Wahllokale gemacht ist, so ist der erfochtene Sieg doppelt einzuschätzen. Mit herzerfrischender Offenheit haben die Arbeiter ihre Gesinnung frank und frei bekundet und dem eigenen Arbeitgeber die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten genannt. [illegible] Offenheit und Ehrlichkeit schienen selbst die Arbeitgeber [illegible] zu haben [illegible] ängstlich und furchtsam vor ihrem Arbeitgeber standen, [illegible] indem ihnen zugerufen wurde: Sie wählen doch Schmidt. — Und das Ja klang dann um so entschiedener und freudiger. Ueberhaupt fehlte es an den Wahltischen nicht an heiteren Momenten. Einige Arbeiter wollten absolut dem Wahlvorsteher nicht die Namen der zu wählenden Kandidaten nennen. Aeußerungen: „Das brauchen Sie nicht zu wissen", „Bei der letzten Wahl habe ich auch keinen Namen genannt und habe dennoch wählen können", verursachten ungeheure Heiterkeit. Schließlich ließen sich die Opponenten aber belehren und wählten — sozialdemokratisch. Welchen Einfluß die Volksstimme auf ihre Leser ausübt, ergiebt der Umstand, daß am Schlusse des zweiten Wahltages bis 7 Uhr die Wähler zur Stelle waren, so daß die Wahlhandlung pünktlich geschlossen werden konnte. Für die Wahlleiter ein freudiges Aufatmen; es war eine Riesenarbeit, die durch das Abfragen der Personalien der Abstimmenden zu bewältigen war. Allgemein angesprochen hat das ruhige, sachgemäße, unparteiische Handeln der Wahlvorsteher und Wahlleiter. Diesem Umstande war es auch mit zuzuschreiben, daß bei der ganzen Wahlhandlung die fröhlichste Stimmung herrschte. —

— Nachdem die Sozialdemokratie in den Vorstädten den Sieg erfochten, halten wir uns verpflichtet, **allen zu danken**, die mit so beispielloser Hingebung und Opferfreudigkeit den Wahlkampf geleitet und daran teilgenommen haben. Wer die Thätigkeit unserer Genossen gekannt, wird uns beipflichten. In den Wahlbezirken Sudenburg und Neustadt waren Wählerlisten angelegt; seit Wochen waren die Genossen thätig, die Namen auf Couverts zu schreiben und dieselben zu sichten. Jedem Wähler, von dem angenommen, daß er sozialdemokratisch wählen würde, ist ein convertiertes Flugblatt eingehändigt, sodann gingen am zweiten Wahltage jedem Wähler wiederum convertierte Aufforderungen zu. Das Austragen wurde erschwert, durch den Verzug vieler Wähler, die aufgesucht werden mußten. Aber unsere Genossen ließen sich die Mühe nicht verdrießen, die auch an den Wahltagen selbst erforderlich war. Von früh bis Abend harrten unsere Genossen aus, wo ein Bekannter erforscht, der sein Wahlrecht noch nicht ausgeübt, wurde er zur Abgabe seiner Stimme veranlaßt. War auch die Mühe schwer, der Sieg hat dieselbe reichlich belohnt. Hoffen wir, daß unseren Genossen der inneren Stadt für ihre Mühe, für ihren Opfermut die gleiche Belohnung beschieden ist. Mit frohem Mute blicken wir in die Zukunft; eine so festgefügte Partei, deren Angehörige mit so hohem Idealismus erfüllt sind, so daß jugendlicher Feuereifer auch noch bei älteren Genossen mit aller Gewalt zum Ausbruch kommt, ist gefeit gegen alle Gefahren, ist unüberwindlich. —

— Dienstag abend unterlag der **Großkaufmann Schwartzkopff** dem Sozialdemokraten Schmidt. Gleich nach dem Durchfall ging dem General-Anzeiger folgender Aufruf zu: „Stadtverordneten-Wahl Neustadt. 2. Wahlabteilung. Unsere geehrten Mitbürger werden hierdurch gebeten, Herrn Fabrikant Rudolf Arendt, Herrn Kaufmann Friedrich Schartzkopff heute ihre Stimme geben zu wollen. Die Vorstände des städtischen Bezirksvereins Neustadt und des Bürgervereins Neustadt." — Wie wunderbar schnell doch zuweilen unsere Gegner arbeiten können. Daß Herr Schwartzkopff sich von den Wählern der zweiten Klasse hat aufstellen lassen, entspricht seinen Steuerverhältnissen. Die dritte Klasse ist ihn los auf — Nimmerwiedersehen! —

— **Während des Streiks der hiesigen Maurer- und Zimmerergesellen** verteilte der Maurer Carl Schoch von hier am 7. Juni d. J. auf dem Bahnhofe im Wartesaal 3. Klasse an italienische Arbeiter, die hier in Arbeit treten wollten, ohne polizeiliche Erlaubnis eine Druckschrift, in der sie gewarnt und aufgefordert wurden, dies zu unterlassen, andernfalls ihnen Ereignisse in Aussicht gestellt wurden, wie sie sich in Frankreich und in der Schweiz abgespielt hatten, wo die Italiener wie Hunde verjagt und die Häuser bis auf den Grund zerstört worden seien. Diese Druckschrift hatte Schoch von dem Buchdrucker Maximilian Hünig zu Dresden bezogen, der bei der Herstellung es unterließ, den Namen und Wohnort des Druckers und Verlegers darauf zu setzen. Schoch behauptet, er habe den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt und sei gleich bei der Verteilung des ersten Exemplars abgefaßt. Der Staatsanwalt beantragte, Schoch mit einem Monat, Hünig mit 3 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Der Verteidiger führte an, die Druckschrift enthalte nur eine Ermahnung, nicht aber eine Drohung, auch sei den Angeklagten die Kenntnis des Inhalts nicht nachgewiesen. Bei Hünig greife die Verjährung betreffs der Uebertretung Platz. Ferner sei nicht er, sondern seine Ehefrau Inhaber der Druckerei. Es fehle der Thäter für die in Rede stehende That, deshalb müsse die Beihilfe wegfallen und die Freisprechung erfolgen. Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung am 28. d. Mts., vormittags 9½ Uhr, fortzusetzen und ordnete das persönliche Erscheinen des Hünig an. —

Nachtrag: Genosse Schoch und Hünig-Dresden sind zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. —

— Zur **Kontroll-Versammlung** sind beordert für heute, Donnerstag, vorm. 8½ Uhr, Provinzial-Infanterie, 1895, L—Z. Donnerstag, vorm. 10 Uhr, Provinzial-Infanterie, 1896, A—K. Donnerstag, vorm. 11½ Uhr, Provinzial-Infanterie, 1896, L—Z. —

— Ein donnerähnliches Getöse erschreckte am Montag abend nach 6 Uhr die Passanten des Breitenweges in der Nähe der Post. Von dem Postneubau war **ein Teil des oberen Mauerwerks wieder abgestürzt** und nach innen gefallen. Glücklicherweise wurde niemand beschädigt, da die Arbeiter bereits den Bauplatz verlassen hatten. —

— Die **Leiche** eines unbekannten etwa 20jährigen Mädchens ist heute in der Nähe der Langen Brücke in der Alten Elbe gelandet. Die Leiche war schwarz bekleidet; Wäsche und Taschentuch zeigten die Buchstaben M. P. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle der altstädtischen Krankenanstalt gebracht. —

Militärboykott.

Folgende „Wirtschaften" dürfen von Soldaten hiesiger und auswärtiger Garnisonen nicht betreten werden:

Magdeburg: Druckerei Volksstimme. — Winklers Restaurant, Gustav Winkler. — „Drei Kaiserbund", Emil Hartmann. — Herberge Friedrich Grothum. — „Goldner Kopf", Albert Buchlow. — „Bürgerhaus", Eduard Stemme. — Café und Restaurant Heinrich Oberheu. — Herberge Josef Prautsch. — „Eft Eft", Wegerich. — „Zur Krone", Karl Humitsch. — „Fischbieters Garten", Friedrich Richter. — „Elysium", Friedrich Wegener. — „Zur Gemütlichkeit", Heinrich Müller. — Restaurant Ernst Reppin. — Restaurant August Mollenhauer. — Restaurant Max Pohlmann. — „Zum Granatsplitter", Hermann Schreiber. — Speisewirtschaft Marie Koch. — „Zum Deutschen Hof", Johannes Gura. — „Luisen-Park", Karl Lankau. — Restaurant Franz Ginners. — „Wilhelmstädter Tivoli", Friedrich Hoppe. —

Neustadt: „Zum Kaiser Otto", Christian Kämpfer. — Gastwirtschaft Robert Seemann. — Gastwirtschaft Emil Stiller. — Gastwirtschaft Albert Wolfskämpf. — Gastwirtschaft Heinrich Franke. — „Zur Bürgerhalle", Heinrich Heutis. — „Zur Krone", Hermann Schwiesau. — Gastwirtschaft Vitalis Kaufmann. — Gastwirtschaft Albert Horn. — Gastwirtschaft Ernst Herrmann. — „Neustädter Bierhalle", August Matthies. — Gastwirtschaft Friedrich Kellner. — „Weißer Hirsch", Peter Möbus. — „Zur Gemütlichkeit", Gottfried Kersten. — „Zum Stammseidel", Hermann Buhtz. —

Sudenburg: Wiggerts Restaurant, Rudolf Wiggert. — „Zerbster Bierhalle", Franz Königstedt. — „Zum Deutschen Hof", Albert Naumann. — Schankwirtschaft Karl Wollbier. — „Zur Rose", Christian Seeger. — „Zum Reiseonkel", Julius Cäsar. — Schankwirtschaft Wilh. Naumann. — Schankwirtschaft Christoph Rosche. — „Friedrichslust", Wilhelm Gens. — Reids Etablissement, Hermann Brünig. —

Buckau: Schankwirtschaft Gottfried Balzer. — Schankwirtschaft Friedrich Dröge. — Schankwirtschaft Gustav Bethge. — Schankwirtschaft Gustav Krüger. — Schankwirtschaft Wilhelm Vogel. — „Thalia-Restaurant", Julius Westphal. —

Fermersleben: „Goldner Engel", Adolf Lausch. —

Ottersleben: „Zum goldnen Stern", Hermann Gürsch. — „Zum Deutschen Kaiser", Fr. Strumpf. —

Benneckenbeck: „Zum weißen Schwan", E. Hoppe. —

Olvenstedt: Schankwirtschaft Ehrele. — Schankwirtschaft Hirschfeld. — Schankwirtschaft Schinke. —

[illegible] Hornhardt. —

Interessant ist, daß die Druckerei der Volksstimme gleichfalls in die Rubrik Wirtschaften [illegible] ist. Die Buchhandlung der Volksstimme fehlt auf dieser Liste. [illegible] mutlich liegt hier ein Versehen vor, denn wir können [illegible] annehmen, daß die anderen Leuten so gefährlich erscheinende Buchhandlung für Soldaten wieder freigegeben ist. Die Liste ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Weshalb die Wirtschaft „Kal Kol", eine der besseren hiesigen Weinstuben, sowie die Wirtschaft Hornhardt in Hamburg für Militär gesperrt ist, entzieht sich unserem schwachen Verstande. —

Nachrichten aus der Provinz.

Bitterfeld. (Das Leben eingebüßt.) Infolge Spielens mit einem geladenen Revolver hat der 7 Jahre alte Schulknabe Otto Angerstein aus Merbitz sein Leben eingebüßt. Die Kugel drang ihm in den Unterleib. In der Halleschen Klinik starb der arme Bursche. —

Neuhaldensleben. (Stadtverordnetenwahl.) **Das Resultat der am 21. d. Mts. hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahl liegt vor und ist als ein verhältnismäßig gutes zu bezeichnen. Einer unserer Genossen, entweder August Blume oder Wilhelm Mehling, die beide 56 Stimmen erhielten, kommt in Stichwahl mit dem Rentier Adolf Gobe, auf welchen 83 Stimmen fielen. Da die Wähler der beiden anderen in Betracht kommenden Kandidaten vom Ortsgerechtigkeitsverein schon erklärt haben, für unseren Kandidaten zu stimmen, ist begründete Aussicht vorhanden, daß auch in Neuhaldensleben ein Sozialdemokrat ins Stadtparlament einzieht. Ueber die Wichtigkeit der Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen sich noch besonders zu äußern, erübrigt sich wohl, da schon Genosse Hugo Gärtner durch zwei hier gehaltene Vorträge die Sachlage genügend geklärt und unsere Presse in ausgiebigster Weise die Bedeutung dieser Wahlbeteiligung gewürdigt hat. Also, auf Genossen, noch einmal alle Kräfte zusammengenommen, damit der Sieg in der Stichwahl uns zufällt.**

Schönebeck. (Abgefertigt.) Die Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag der städtischen Beamten auf Gehaltsaufbesserung abgelehnt, da z. B. keine Veranlassung dazu vorhanden sei! Natürlich. Die Lebensmittelpreise, die Mietpreise sind ja so billig. —

Weißenfels. (Trichinenfund.) Der Fleischbeschauer Kabisch fand in einem beim Landwirt Hartung in Uichteritz geschlachteten Schweine Trichinen. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Bahnbach. (Auf Menschen geschossen.) In Bahnbach im Kreise Meisenheim wollte kürzlich der Gendarm Wolf aus Meisenheim den Bauernsohn Johannes Winter aus Ohweiler verhaften. Als Winter floh und auf dreimaligen Anruf nicht stand, schoß der Beamte und traf den Flüchtling so unglücklich in den Unterleib, daß er verstarb. Fort mit der Schießinstruktion. —

Hamburg. (Mord und Selbstmord.) Angeblich aus unglücklicher Liebe hat am Montag in Hamburg der Architekt und Ingenieur Frhr. v. Herrmann seine 20jährige Haushälterin und sich selbst erschossen. —

Helmstedt. (Von dem Puffer erfaßt.) Der Magdeburgischen Zeitung wird geschrieben: Einen plötzlichen Tod fand Montag morgen 10 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe der als Rangierarbeiter beschäftigte Bahnunterhaltungsarbeiter Gruper beim Ankuppeln von Wagen. Der Unglückliche sollte gegen einen stehenden Wagenzug abgestoßene Wagen mit diesem verbinden und muß dabei von den Puffern erfaßt worden sein; als er gleich darauf zwischen den Gleisen tot aufgefunden wurde, waren ihm die rechtsseitigen Rippen und das rechte Schlüsselbein eingedrückt. —

Königsberg. (Verschüttet.) Bei einer Dachsjagd in der Georgenburger Forst in Ostpreußen hatte ein Gräber den Eingang zum Bau derartig unterhöhlt, daß derselbe zusammenstürzte und den Mann verschüttete, so daß er nur als Leiche hervorgezogen werden konnte. —

Schwetzingen. (Urkundenfälschung.) Der hiesige Gemeinderat Glasermeister Zahn wurde unter dem Verdacht der Urkundenfälschung am verflossenen Sonnabend verhaftet. —

Kleine Chronik.

Ueber einen **Skandal aus der Bühnenwelt** wird aus Graz berichtet: Ein junger Kaufmannssohn, Korrespondent der Zeitschrift Wiener Leben, griff die Operettensoubrette Fräulein Dietze in seinem Blatte in skandalöser Weise an. Die Soubrette erwies sich als schlagfertig und züchtigte am Sonntag bei der Theaterkasse den Jüngling mit einer Hundepeitsche, während ihn zwei Kollegen der Sängerin, da er auskneifen wollte, festhielten. —

Die feindlichen Brüder. In dem Schellebelle bei Gent starben zwei Gebrüder, die Ackerer Bauwens, infolge des Genusses von Milchsuppe, der ein starkes Gift zugesetzt worden war. Ein dritter Bruder der Vergifteten, der mit diesen in Unfrieden lebte und in Verdacht stand, das Verbrechen begangen zu haben, hat sich erhängt. —

Eine russische Räuberbande hat nach der Volkszeitung auf der Eisenbahnstrecke Milowice—Sosnowice (russisches Grenzgebiet) einen Güterzug mittelst falscher Signale zum Halten gebracht und ausgeraubt. Einige Räuber, deren Zahl 25 betragen haben soll, wurden verhaftet.

Der Kessel des Schleppdampfers „Ens" barst neulich auf der Dender bei Menin. Der Kapitän, der zweite Offizier und der Maschinist wurden getötet. —

Eingesandt.

Antisemitische Kampfesweise.

Die Sachsenschau vom 22. d. Mts. enthält im Briefkasten folgende Notiz:

Ist es wahr, daß Jacobi-Scherbening, der Kandidat der Linksliberalen, schon zweimal Pleite gemacht hat und Herrn Scheibt wegen Majestätsbeleidigung denunzierte? Wie steht die Angelegenheit mit den 4000 Mark und dem Dienstmädchen?

Da ich sicher der kompetenteste Beantworter dieser Fragen bin, so erwidere ich darauf folgendes:

ad 1. Diese Frage enthält eine Unwahrheit. Wahr ist, daß ein Unternehmen, welches ich, 21 Jahre alt, im Jahre 1870 begann, im Jahre 1875, also vor 23 Jahren, scheiterte und ich zur Einstellung meiner Zahlungen gezwungen war. In rastloser 15jähriger Arbeit habe ich die Restverpflichtungen, welche mir aus der Katastrophe verblieben, abgetragen und bis auf den letzten Pfennig getilgt. Aus schwieriger Lage habe ich mich [illegible] gearbeitet, und jeder, der mit mir geschäftlich zu thun hat, weiß, wie gewissenhaft ich meine Verpflichtungen erfülle.

ad 2 ist eine so boshafte, wie bewußte Lüge.

ad 3. Zu meinen Gläubigern aus der erwähnten Zeit gehörte auch ein Mann, dessen Frau allerdings 15 Jahre früher, als ich ein zehnjähriger Knabe war, im Hause meiner Eltern [illegible] Jene 4000 Mark, die ich ihm schuldete, habe ich voll und mit allen Zinsen ihm, wie später seiner Witwe abgetragen. Man achte darauf, welche perfide Auslegung die Fassung dieser Frage hervorzurufen [illegible]

... in meinem Leben existiert nichts, was ich der Oeffentlich[illegible] ... [illegible] ... Dies geschieht hiermit.
Victor Jacobi-Scherbening.

Herr Jacobi-Scherbening nimmt dem Verleumderblatte gegenüber eine ganz korrekte Haltung ein, er hält es unter seiner Würde, mit den Verleumdungen vor Gericht abzurechnen, für die andernfalls das Verleumderblatt schwer büßen müßte. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich die Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative der Sache bemächtigt. In anderen Fällen ist dies mehrfach geschehen. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Personen findet am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 Uhr, bei Francke, Ottenbergstraße 18, statt. —

Donnerstag, 24. November:
Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im „Deutschen Hof“, Michaelstraße 16.
Turnverein „Einigkeit“, Buckau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust“, Leipzigerstraße.
Arbeiter-Turnverein Neustadt. Uebungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im „Weißen Hirsch“.
Musikverein Freundschaft Magdeburg-Neustadt. Uebungsstunde jeden Donnerstag im Restaurant „Gemütlichkeit“, Schmidtstraße.
Radfahrerverein „Falke“ in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren „Hofjäger“.

Freitag, 25. November:
M. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Uebungsstunde im „Weißen Hirsch“.
Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Uebungsstunde bei Hentis, Moldenstraße.
Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust“.
Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.
Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fermersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Briefkasten.

T., Olvenstedt. Nein. —

Letzte Nachrichten.

Aus London wird mitgeteilt, daß zwischen dem Verein der Cigarrenarbeiter und den Unternehmern ernste Differenzen bestehen, die bereits in einem Falle sich zu einem Konflikt gestalteten. —

Olvenstedt. Olvenstedt.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Olvenstedt)
veranstaltet **am Sonntag, den 27. November, im Lokale des Herrn W. Hirschfeld** sein
erstes Winter-Vergnügen
bestehend in Gesangs-Vorträgen und Ball. — Anfang 3 Uhr. —
Der Männergesangverein Freundschaftskreis hat seine Mitwirkung zur Verschönerung des Vergnügens zugesagt.
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind eingeladen.
756 **Das Fest-Komitee.**

Konsum-Verein Neustadt
(E. G.)
Das Lager Nr. 21
Wilhelmstadt, Annastraße 8
wird am **25. d. Mts.** eröffnet.
Beitrittserklärungen werden im Luisenpark, sowie in dem zu eröffnenden Lager entgegengenommen. 2991

Vorsicht ist geboten
bei den jetzt vielfach in den Handel gebrachten meist minderwertigen Waschmitteln. Das seit ca. 20 Jahren in den Handel gebrachte echte **Dr. Thompsons Seifenpulver** mit Schutzmarke **„Schwan“** hat sich bis jetzt noch als das Beste, Billigste und Bequemste erwiesen. **Ueberall käuflich!**
Alleiniger Fabrikant: 2650
Ernst Sieglin in Düsseldorf.

Achtung! Geschäfts-Eröffnung. Achtung!
Einem geehrten Publikum von **Groß- und Klein-Ottersleben** zur gefälligen Nachricht, daß ich vom 23. November ab eine
Brot- und Weißbäckerei
eröffnet habe. **Sämtliche Futterartikel** sind ebenfalls zu haben. Bestellungen werden entgegengenommen und bitte daher, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Emil Rogge, Bäckermeister
3016 **Groß-Ottersleben, hinter dem Amtsgarten.**

Schnarsleben. Schnarsleben.
Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste halte ich 775
fertige Schuhwaren
zu billigen Preisen empfohlen. **Otto Arnold.**

N[illegible] P[illegible]wagen sehr billig zu verkaufen. **Petersstraße 19a, 2 Tr. (Zoeller).**

Bei Einkäufen bi[illegible] wir unsere Leser, sich auf die **Volksstimme** beziehen zu wollen.

---

35 Bettstellen m. Matratzen
werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.
S. Osswald
Ulrichsstraße 14
2724 **1. Etage**
gegenüber der Ulrichskirche.

Arbeits-Hosen
in enorm großer Auswahl, eigenes Fabrikat, vorzügl. bequemer Schnitt, sehr gut sitzend, extra stark gearbeitet, in einfarbig und gestreift, mit Schlitz oder mit Klappe zu jedem Preise.
Winter-Joppen
2reihig, warm gefüttert, mit Mufftaschen, sehr preiswert.
Knaben-Anzüge
und 2727
Manchester-Sammet
ganz weich, in Haltbarkeit unverwüstlich, zu Kinder-Anzügen empfiehlt
G. Gehse
Johannisfahrtstr. 14
Engl. Leder-Hosen-Fabrik.

Hermann Liebau
Magdeburg
Breiteweg 127, 1 Tr.
Ecke Schrotdorferstraße
gegenüber der Katharinenkirche
liefert 3017
Waren u. Möbel
jeder Art
auf bequeme
Abzahlung
bei kleiner Anzahlung.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.

Einige Centner
Makulatur
stehen zum Verkauf in der
Expedition d. Blattes.

Soeben erschienen:
Arbeiter-Notizkalender
1899
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Rechte und Pflichten und Stellung der Arbeiter zum Innungs- und Handwerkergesetz. — Lohnzahlung und Lohnbeschlagnahme nach der Gewerbeordnung. — Was zahlt eine Arbeiterfamilie für Lebensmittel jährlich Steuern? Längen- und Hohlmaße und Gewichte der verschiedenen Länder im Vergleich zum metrischen Maße, bez. Kilogramm. — Vergleichende Münztabelle. — Adressen der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Fabrikinspektoren unter Angabe ihrer Bezirke. — Jährliches Wachsen der Militärausgaben, der Reichsschulden und der Zinspflichten von 1871—1899.
Die Reichstagswahlen 1898
mit Angabe der Abgeordneten und der in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmen unter Beifügung der 1893 für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. — Einnahme- und Ausgabe-Tabelle. Notizkalendarium für jeden Tag rc. rc.

Der Kalender dürfte auch für 1899 seine Freunde befriedigen. Gegenüber den Zwangsinnungs-Bestrebungen ist die Darlegung des neuen Handwerkergesetzes von Robert Schmidt, als Mitglied der Reichstags-Kommission für diesen Gesetzentwurf, angebracht und das Hauptinteresse dürften die tabellarischen Uebersichten über die Reichstagswahlen von 1898 beanspruchen. Die Belehrungen über Lohnzahlung und Lohnbeschlagnahme, die Adressen der Fabrikinsp[illegible] [illegible] gewerkschafts-Organisationen rc. rc. gestalten den Kalender zu einem empfehlenswerthen
Gewerkschaftl. Nachschlagebuch
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
Breiteweg 127.

Pa. Braunkohlen
ab vorl. Kahn sowie frei Keller zu mässigem Preise,
Pa. Braunk.-Briketts
pr. 1000 Mk. 5.50 frei Keller,
Gascoaks (zerkleinert)
liefert 2933
Carl Franke
Sudenburg, Wuhneweg.
— Fernsprecher 909. —

R. Seyffarth, Buckau, Coquistr. 17.
Schnittwaren. Bettfedern.
Zum bevorstehenden Winter mache auf mein reell gearbeitetes Lager fertiger **Herren- und Knaben-Garderobe** aufmerksam. **Stoffe** in neuesten Mustern in großer Auswahl vorrätig. Anfertigung wie bekannt unter Garantie guten Sitzens.
Preise billigst. 2718
Teilzahlungen gestattet.

---

* Damen- u. Kinder-Garderobe wird sauber angefertigt. Mühlenstraße 13, H., 1., pt.

---

* **Kanonenofen** billig zu verkaufen. Bahnhofstr. 48, H., 1., 4, Heuer.

Prozess-Sachen etc.
Lebegott, Referendar a. D.
Prälatenstrasse 1, 2. Haus vom Br. Weg

Schneidergerät im ganzen od. geteilt zu verkaufen.
Kleine Klosterstraße 5, v., 1 Tr.

Wohnung, 65 Thlr., z. 1. Januar 1899.
Kleine Klosterstraße 5, v., 1 Tr.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,
Breiteweg 82, 1 Tr.
Donnerstag: Griessuppe, Kasseler Rippspeer, Grünkohl und Salzkartoffeln.
Freitag: Brühsuppe, Lungenhaché und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Linsensuppe, Rindfleisch, Salzkartoffeln und Capernsauce.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.
Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit Rindfleisch.
Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch.
Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Gesucht werden:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Klempner, Stellmacher, Tischler, Schmiede, Barbiere und Drechsler.

---

* Eine Wickelmacherin sucht Beschäftigung. Kleine Klosterstr. 6, v., 3 Tr. b. Schubert.

Es suchen Stellung:
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Tapezierer, Stepper, Zurichter, Former, Dreher, Steindrucker, Hobelisten, Sattler, Buchbinder, Kammmacher, Arbeiter für jede Arbeit und Arbeiterinnen.

Walhalla-Theater.
Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater.
Mittwoch, den 23. November:
Novität! Zum 3. Male! Novität!
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Felix Philippi.

Donnerstag, den 24. November 1898:
Neu einstudiert! Neu einstudiert!
Die beiden Schützen.
Komische Oper in 3 Akten. Musik von Alb. Lortzing.
Hierauf:
Die vier Jahreszeiten.
Großes Ballet-Divertissement.

In Vorbereitung: **Ingwelde** (Oper).
Königskinder.

Abonnementskarten pro Dezember werden täglich mit Ausnahme des Sonntags an der Tageskasse ausgegeben.

Cirkus-Theater.
Vornehmstes und größtes Spezialitäten-Theater Magdbrgs.
Der neue phänomenale Spielplan:
Comtesse de X.
die geheimnisvolle Dame unter der Maske mit ihrer
wilden Löwengruppe
und die übrigen Attraktionen.
Vorverkaufsbilletts sind gültig.

Statt besonderer Meldung.
Nach langem, schweren Leiden entschlief heute morgen meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Louise Reichert
geb. Bohne im Alter von 53 Jahren.
Sudenburg, d. 21. Novbr. 1898.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des neuen Sudenburger Begräbnisplatzes aus statt. 755

Den Mitgliedern des **Kranken-unterstützungsbundes der Schneider (E. H.)** zur Nachricht, daß unser Kollege
Albert Krüger
im Alter von 24 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3¼ Uhr von der Halle des Westfriedhofes aus statt.
758 **Mehrere Mitglieder.**

Nachruf.
Am Montag früh verstarb nach langen und schweren Leiden unser Kollege und mehrjähriges Mitglied des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen, der Schneider
Albert Krüger
an der Proletarierkrankheit im Alter von 24 Jahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom Westfriedhof aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
3019 **Die Ortsverwaltung.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 275. Magdeburg, Donnerstag, den 24. November 1898. 9. Jahrgang.

Chronik auf das Jahr 1848.

Briefe von Schulze-Delitzsch aus dem Jahre 1848 hat Ludolf Parisius in der Sonntagsbeilage der Vossischen Zeitung veröffentlicht. Einer dieser Briefe schildert besonders anschaulich die Vorgänge in jener stürmischen Sitzung vom 14. November 1848, in welcher der bekannte Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt wurde, während eine Abteilung Soldaten auf Befehl Wrangels in den Saal rückte, um die Abgeordneten zu vertreiben.

In diesem Briefe heißt es: „Wir kamen eben zum Schluß der Debatte, als ein Stabsoffizier, gefolgt von mehreren anderen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, in den Saal drang. Es war der Major v. Herwarth vom 2. Garde-Regiment. . . . Eine allgemeine Begeisterung beseelte die Deputierten und das Publikum, die Männer sprangen aus den Logen in den Saal, uns zu schützen, viele rissen ihre Kleider auf, ihre Brust den Bajonnetten zu bieten, und alle erklärten feierlich, eher auf ihren Plätzen zu sterben, als die Sitzung vor der Beschlußnahme und vor der förmlichen Schließung durch den Präsidenten zu verlassen. Ich wendete mich zu den Unteroffizieren und Gemeinen mit den in höchster Entrüstung ausgerufenen Worten: „Eure Väter und Brüder haben uns hierher gesendet, für ihr Recht, ihre Freiheit einzustehen, die Hand verdorrt, die es wagt, sich gegen die geheiligten Vertreter des Volkes zu erheben! Wenn Ihr in Eure Dörfer, Eure Städte zurückkehrt, wird man Euch anspeien, wenn Ihr das Bajonnet gegen uns braucht, ist Landesverrat usw.“

Wer mag aber die Worte weiter behalten, die in solchen Augenblicken dem Munde entströmen. Die großen kräftigen Leute wurden blaß, sie suchten mich zu begütigen, Thränen standen einzelnen in den Augen, sie thäten das ja nicht, war ihre Antwort. Alle waren förmlich niedergedonnert von der Haltung der Versammlung und verließen den Saal, draußen Wache haltend, so daß wir die Sitzung wirklich vollenden und den Beschluß fassen konnten!“

Der Kreuzzeitung ist dieser Brief sehr unbequem. Sie glaubt, daß die Schilderung der Wirklichkeit nicht entspreche, „denn daß Soldaten vom 2. Garde-Regiment durch solch thörichtes Zeug niedergedonnert und zu Thränen gerührt worden sind,“ werde wohl keiner glauben. Wäre es nach dem Blatte, an dessen Spitze ein Herr v. Hammerstein stand, gegangen, so hätte die Soldateska die wehrlosen Volksvertreter auf den Sandhaufen strecken müssen. —

Durch eine Beitragsleistung aufgereizt.

Nette Aussichten in Bezug auf das in Oeynhausen angekündigte Gesetz werden den Arbeitern eröffnet, wenn man sich einen Fall vergegenwärtigt, der zwar Jahre zurückliegt, deshalb aber, gerade in der jetzigen Situation, nicht weniger Interesse hat. Der Gewerbeschutz, Organ des Dresdener Vereins gegen Unwesen im Handel und Gewerbe, teilt darüber, unter Weglassung von Orts- und anderer Namen 2c., die ja schließlich auch nebensächlich sind, folgendes mit: Ein Lagerverwalter, der in einem größeren Unternehmen der graphischen Industrie eine gewisse Vertrauensstellung genoß, und 10 Arbeiterinnen zu beschäftigen hatte, zeichnete auf eine ihm von einem Arbeiter vorgelegte „Sammelliste zur Unterstützung der streikenden graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ einen Beitrag von 50 Pfennig. Den anderen Tag darauf trat ein Teil der bei derselben Firma beschäftigten Arbeiter, angeblich unter „Kontraktbruch“, in den Streik ein. Der Prinzipal erfuhr, daß der Lagerverwalter auf die Streikliste gezeichnet hatte und entließ ihn deshalb plötzlich ohne Kündigung. Der Entlassene nahm natürlich an, daß er zu Unrecht entlassen und verklagte dieserhalb den Unternehmer. Die Klage wurde aber vom Gericht zurückgewiesen, und unter Bezugnahme auf Art. 64 Nr. 1 des Handels-Gesetzbuches erklärt, daß die plötzliche Entlassung berechtigt gewesen sei. Recht interessant ist, wie das Urteil begründet wird.

Wir heben einige Stellen daraus hervor. Es heißt da u. a.: „Indem der Kläger einen Beitrag für die streikenden Arbeiter Deutschlands zeichnete, mußte er sich bewußt sein, daß die gezeichneten Beiträge auch den in der Fabrik der Beklagten beschäftigten Arbeitern zu gute kommen würden, wenn diese sich etwa dem Streik anschlössen. Er mußte zugleich mit der Möglichkeit rechnen, daß bei dem allgemeinen, über ganz Deutschland verbreiteten Streik der graphischen Arbeiter sich auch in der Fabrik der Beklagten, in welcher etwa 1200 Personen beschäftigt sind, Teilnehmer am Ausstande finden würden. Wenn er dessen ungeachtet einen Beitrag zu Gunsten dieser Bewegung gezeichnet hat und wenn kurz darauf, wie geschehen, Arbeiter der Fabrik seiner Prinzipale unter Kontraktbruch in den Ausstand eingetreten sind, so hat er durch sein Verhalten zweifellos diese Bewegung wissentlich unterstützt und sich damit ungesetzlichen Bestrebungen der bei der Beklagten beschäftigten Arbeiter gegen ihre Prinzipale angeschlossen. . . . Jemand, der, wie der Kläger, auf Grund besonderen Vertrauens dazu bestimmt war, andere Personen zu beaufsichtigen, die Ordnung unter ihnen aufrecht zu erhalten und sie, falls sie sich gegen die Fabrikordnung vergehen, zu bestrafen, von dem darf billigerweise erwartet werden, daß er dem ihm untergeordneten, wenn auch der Zahl nach vielleicht geringen Personal zu jeder Zeit ein Vorbild sei.

„Es ist eben die Pflicht eines Vorgesetzten, seinen Untergebenen durch seine Führung **und die Bethätigung von Gehorsam und Disziplin selbst ein gutes Beispiel zu geben.** . . . . Er durfte in einer Liste, von der er annehmen mußte, daß sie auch seinen Arbeiterinnen und anderen Bediensteten der Fabrik vorgelegt werden würde, keinen Beitrag zur Unterstützung solcher Arbeiter zeichnen, die ihre Prinzipale auf **ungesetzliche** (!) **Weise** zu höherem Lohne zu zwingen beabsichtigen. Er mußte annehmen, daß die Mitarbeiter, wenn sie sähen, daß er dieses Unternehmen durch einen Geldbeitrag unterstützte, dasselbe nicht nur für erlaubt halten (!), sondern auch — wie dies thatsächlich geschehen — der Aufforderung der bereits streikenden Arbeiter, die Arbeit niederzulegen, nachkommen würden.

„Er konnte bei dieser Sachlage voraussehen, daß seine Beitragzeichnung geeignet sein würde, die Arbeiter in der Fabrik der Beklagten thatsächlich zum Vorgehen gegen ihre Prinzipale **aufzureizen.**“

Wie hart mögen darnach auf Grund des oben angedeuteten Gesetzes Arbeiter bestraft werden, die thatsächlich zum Streik anreizen. Wirklich nette Aussichten. —

Soziale Bewegung.

Mit welchen Mitteln da und dort der Arbeiterbewegung entgegenzuwirken versucht wird, beweist wieder ein Fall in Dortmund. Nachdem es den Bergleuten, die sich über ihre Stellung zu einem eventuellen Streik aussprechen wollten, schon am 9. Oktober unmöglich gemacht worden war, in Dortmund eine Versammlung abzuhalten, passierte ihnen dasselbe am 13. November. Die letzte Nummer der Bergarbeiter-Zeitung schreibt darüber: „Wie wir am 13. November zur „Hobertsburg“ wanderten, da begegneten uns wieder die Schwärme zurückkehrender Bergleute, vor denen das Versammlungslokal und sogar der Garten polizeilich mit Ketten abgeschlossen wurde. Wohlgezählte 36 Fuß- und berittene Polizisten hatten die „Hobertsburg“ besetzt, gerade als seien die heranziehenden Knappen Räuber und Mörder, wilde Barbaren, Feinde des deutschen Volkes, und nicht friedliebende Bürger, die ihre Staatsbürgerrechte ausüben wollten. Wenn die „Macher“ der Saalabtreibung gehört hätten, welch' wilde verbitterte Aeußerungen fielen über die unwürdige Behandlung, die uns Bergleuten zu teil wurde, dann wäre ihnen in ihrer Gottähnlichkeit vielleicht ein Seifensieder aufgegangen, wie trefflich sie für uns — und für die vermißte Streikstimmung agitierten. So nur weiter! Schon jetzt konstatieren wir: Kommt es zu einem Streik, sind wir nicht in der Lage, die Leidenschaften zu zähmen, dann trifft jene „Macher“ in Dortmund die Schuld! Dies wollen wir ein für alle Mal festgestellt haben.“ Und wer sind diese „Macher“? Die Grubenbesitzer, die den Eigentümer der betreffenden Wirtschaft veranlaßt hatten, die den Arbeitern gemachte Zusage, daß ihnen der Saal zur Verfügung stehen werde, wieder zurückzunehmen und den Schutz der Polizei anzurufen. Wie kleinlich und thöricht! Auf diesem Wege wird es den Grubenbesitzern nicht gelingen, einen eventuellen Streik zu verhindern. So werden sie weit eher ihn befördern. —

Der Frankfurter Zeitung wird aus Chemnitz geschrieben: Auch in der sächsischen Wirkerei hat in der letzten Zeit eine weitere Konzentration des Kapitals stattgefunden. Der schlechte Geschäftsgang hat im hiesigen Bezirk eine Anzahl kleiner Fabriken beseitigt, während bei vielen größeren Fabriken der genannten Industrie zum Teil erhebliche Betriebserweiterungen stattfanden. Für die Entwicklung der sächsischen Wirkerei ist das langsame Verschwinden der kleinen Unternehmer nur vorteilhaft; auch der Sozialpolitiker braucht ihnen keine Thräne nachzuweinen. Die meisten dieser kleinen Unternehmer arbeiteten mit sehr geringen Betriebsmitteln. Sie wollten um jeden Preis einen großen Umsatz machen und suchten diesen durch unerhörtes Preisunterbieten zu erreichen. Sie lieferten zu Schundpreisen und zahlten ihren Arbeitern Schundlöhne. Sie tragen mit ihrer durch länger als zehn Jahre fortgesetzten Warenschieuderei zum wesentlichen die Schuld, daß heute die Arbeiter einzelner Zweige der sächsischen Wirkerei zu den am schlechtesten bezahlten Textilarbeitern Deutschlands gehören. Je schneller der Existenzkampf dieser Unternehmer beendet wird, desto besser ist es auch für die Arbeiter. — Daß selbst bürgerliche Organe derlei Anschauungen propagieren, kann uns nur willkommen sein. —

* * *

Die Kommission für Arbeiterstatistik

verhörte am Sonnabend noch einige Unternehmer und Kellner aus der Hotel- und Restaurationsbranche. Obwohl die Auskunftspersonen aus anderen Orten waren, wie die an den beiden vorhergehenden Tagen vernommenen, so wurden die zuerst gemachten Aussagen nur bestätigt.

Es folgten dann die Vernehmungen von Auskunftspersonen aus den Cafés. In diesen Etablissements ist die Dauer der Geschäftszeit eine so lange, daß es ausgeschlossen ist, vom Personal zu verlangen, während der ganzen Geschäftszeit auf dem Posten zu sein. Kein Mensch kann regelmäßig täglich 24 Stunden arbeiten; und deshalb muß Abhilfe geschaffen werden. Der ununterbrochene Betrieb zwingt die Unternehmer, alle Posten doppelt zu besetzen und dadurch haben die in diesen Unternehmungen beschäftigten Personen die am meisten geregelte und daher kürzeste Arbeitszeit. Hier wird keine Rücksicht auf die lange sitzenden Gäste genommen. Die neu antretende Schicht von Kellnern übernimmt die sitzenden Gäste, sowie sie auch gezwungen sind, nach Beendigung ihrer Arbeitsschicht die Gäste an die nun folgende Schicht abzutreten. Ferner ist die übrige Regelung des Geschäfts lehrreich. Die Verteidiger des Trinkgeldsystems behaupten, daß das Trinkgeld eine Belohnung für die außerordentlichen Gefälligkeiten ist, die der Kellner dem Gaste erweist. Eine Belohnung für Handreichungen, die mit dem eigentlichen Wirtschaftsbetrieb, dem Verkauf von Speisen und Getränken, notwendig verbunden sind.

Nun hat man in dem größten Teil der Cafés das Wiener System eingeführt, nach welchem die Kellner, welche die Bedienung der Gäste besorgen, gar kein Geld annehmen, also auch kein Trinkgeld bekommen. Hier steht der Kellner in festem Lohn, der ihm teilweise vom Wirt, teils vom Zahlkellner ausgezahlt wird. Alle Handreichungen, welche dem Gast in anderen Wirtschaften geboten werden, hat er auch hier, ohne daß der Zeitungskellner oder Zuträger Aussicht auf besonderes Trinkgeld hat.

Die hierauf folgende Abteilung, Unternehmer und Arbeiter aus Saalgeschäften, konnten nur berichten, daß in diesen Betrieben die unregelmäßigste Arbeitszeit ist. Auf eine 40stündige und noch längere Arbeitszeit folgt oft eine mehrtägige Ruhe oder Arbeitslosigkeit.

Das Bedürfnis eines Ruhetages ist bei den Arbeitern aller Branchen vorhanden. Zwar wissen die Arbeiter nicht bestimmt anzugeben, daß das Fehlen eines Ruhetages die Gesundheit schädigt. Es ist das alte Leiden, daß nur selten die Wirkungen bestimmter Mißstände klar erkannt werden. Der Kranke ist leicht geneigt, die Ursachen seines Leidens in einer bestimmten Ursache zu suchen. Erst dann, wenn Symptome eines fortgeschrittenen Leidens auftreten, fängt der Kranke an, nachzuforschen, ob er sich nicht erkältet oder sonst etwas über sich ergehen lassen hat, wodurch seine Gesundheit ruiniert ist. Er bedenkt nicht, daß, wenn sein Körper durch langes ununterbrochenes Arbeiten nicht geschwächt gewesen wäre, er die Folgen der Erkältung oder anderen Ungemachs leicht überstanden hätte. Da die Arbeiter, wenn sie sich im sogenannten gesunden Zustande befinden, nicht untersucht werden, vermag kein Mensch den Zeitpunkt festzustellen, wann die Krankheit beginnt, und folglich sind die Kellner auch nicht in der Lage, zu sagen, welchen Einfluß die lange Arbeitszeit und die regelmäßige siebentägige Beschäftigung auf ihre Gesundheit hat. Selbst Aerzte werden es in bestimmten Fällen nicht sagen können, da sie nicht wissen, wie der einzelne Mensch geartet sein würde, wenn er diese Anstrengungen nicht durchgemacht hätte. —

Ausland.

Der 7. Jahreskongreß des Verbandes der französischen **Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen** hat vom 2. bis 6. November in Paris getagt. In Frankreich ist die Tabakindustrie ein Staatsmonopol, die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen sind also Staatsarbeiter. Dem Kongreß wohnten 80 Delegierte bei, darunter mehrere Arbeiterinnen. Die Verhandlungen, wie die gesamten Beschlüsse bewiesen, daß die französische Tabakarbeiterschaft mit ihrer Lage durchaus nicht zufrieden ist und nicht zufrieden sein kann. Ueber die niedrigen und schwankenden Löhne wurde bittere Klage geführt, zumal seitens der Delegierten, welche die Tabakarbeiterschaft aus der Provinz vertraten. Man sprach sich für feste Lohnsätze aus, sowie für Gewährung eines Wohnungszuschusses für die Arbeiter und Arbeiterinnen von Paris, Lille und anderen Städten, wo Miete und Lebensmittelpreise teuer sind. Da die einschlägigen Verbesserungen nicht von der Direktion bewilligt werden können, vielmehr durch Parlamentsbeschluß festgesetzt werden müssen, beschloß der Kongreß, den Finanzminister um sein Eintreten für die erhobenen Forderungen zu ersuchen. Die Delegierten forderten ferner, daß die Alterspensionen, welche nach 25jähriger Arbeit in den staatlichen Fabriken gewährt werden, nach einem höheren Lohnsatz berechnet werden. Bis jetzt werden diese Alterspensionen nach einem jährlichen Lohnsatz von 720 Frank für die Arbeiter und von 540 Frank für die Arbeiterinnen berechnet. Was die Entschädigung bei Unfällen und Krankheit anbelangt, so beanspruchte der Kongreß: den vollen Tagesverdienst und unentgeltliche Medikamente für die im Betrieb Verunglückten, den halben Tageslohn und unentgeltliche Medikamente für die kranken Arbeiter. Die Delegierten sprachen sich für die Einführung des Achtstundentags aus und begründeten die Notwendigkeit dieser Reform insbesondere durch den Hinweis auf die gesundheitsschädlichen Einwirkungen der Arbeit in den Tabakfabriken. Die leidige Frage des Generalstreiks beschäftigte ebenfalls den Kongreß, scheint aber kein besonderes Interesse erregt zu haben, denn nur 11 gegen 7 Stimmen erklärten sich zu Gunsten der Utopie. Nach Schluß des Kongresses sprach eine Delegation der Tabakarbeiter bei dem Finanzminister vor und übermittelte ihm die 3 Hauptforderungen des Kongresses: Erhöhung der Löhne, Erhöhung der Alterspensionen und Einführung des Achtstundentages. Der Finanzminister entließ die Delegierten mit den üblichen Versicherungen größten Wohlwollens. Eine zweite Delegation begab sich zur Direktion der staatlichen Tabakfabriken und unterbreitete dieser die formulierten Wünsche. [illegible] das Versprechen einer Lohnaufbesserung für die Arbeiterschaft der Städte, wo die Existenzkosten besonders hoch sind. Ferner wurde zugesichert, daß an Stelle der jetzigen kleinen und sehr ungesunden Werkstätten demnächst große Fabrikräume treten würden, welche den Anforderungen der Hygiene entsprechen [illegible]

Der Kongreß der organisierten Tabakarbeiter Frankreichs läßt ... den Schluß zu, daß die Bourgeoisrepublik als kapitalistischer Unternehmer die Proletarier ebenso ausbeutet wie irgend ein Privatkapitalist. Anderseits beweist er aber auch, daß die französischen Staatsarbeiter der Tabakindustrie sich einer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit erfreuen, welche die staatlichen Lohnsklaven in Deutschland nicht kennen. Wo ist in Deutschland die Kategorie staatlicher Arbeiter, deren Gewerkschaftsverband sich „erfrechen“ dürfte, den Achtstundentag zu fordern, den Generalstreik zu beschließen? (Sächsische Arbeiterzeitung.)

* * *

Aufruf an die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Magdeburgs.

In der Volksstimme vom 18. November d. J. befindet sich ein Aufruf eines Karl Alboldt, Berlin, Augustastr. 83. In demselben wird bekannt gegeben, daß zu Pfingsten 1899 in Frankfurt a. M. ein Berufskongreß obengenannter Branche stattfindet und daß der Kongreß genannter Branche, welcher am 25. Dezember d. J. in Kassel tagt, keine Gültigkeit habe, und die dort gefaßten Beschlüsse für die gesamten Handels- und Transportarbeiter Deutschlands keine bindende Kraft haben können. Da infolgedessen eine Unklarheit unter den Handels- und Transportarbeitern Magdeburgs herrscht, sieht sich Unterzeichneter genötigt, eine Darstellung des Sachverhalts zu geben: Bis zu Ende des Jahres 1896 bestanden fast in allen größeren Städten Lokalvereine der Handelshilfsarbeiter. Zu Pfingsten 1896 tagte in Halberstadt der Berufskongreß. Auf demselben wurde auch über die Frage der Centralisation lebhaft debattiert und hervorgehoben, daß nur große und an Mitgliederzahl möglichst starke Organisationen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen können, infolgedessen wurde vom Kongreß nach längerer Debatte folgender Antrag angenommen:

a) das Vertrauensmännersystem, soweit es gegenwärtig besteht, zu erweitern, und Deutschland nicht wie heute in 6 Agitationsbezirke, sondern in 15 einzuteilen;
b) der Kongreß erwartet aber von jedem Bezirksleiter, daß er seine Thätigkeit in den nächsten zwei Jahren so erfüllt, damit dann am nächsten Kongreß der *Errichtung eines Centralverbandes* keinerlei Schwierigkeiten entgegenstehen.

Zwei Jahre sind seitdem verflossen, der Vertrauensmann Herr Alboldt hat inzwischen keinen Kongreß einberufen und ist somit sein Mandat längst erloschen. Die, auf dem Kongreß zu Halberstadt sich schon bemerkbar gemachten Centralisten fanden es für zweckmäßiger, so bald wie möglich eine Centralisation zu schaffen. Sie beriefen nach Altenburg zu Weihnachten 1896 einen außerordentlichen Kongreß ein und wurde daselbst die Centralisation beschlossen. Seitdem besteht ein Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, welcher bis jetzt über 40 örtliche Verwaltungsstellen hat und in einigen großen Städten bestehen noch Lokalvereine, denen Herr Alboldt als Vertrauensmann vorsteht. Ferner ist noch von Wichtigkeit: Im Juli 1897 ist vom *Gewerkschaftsausschuß der centralisierten Gewerkschaften Deutschlands*, aus der Generalkommission, die *Alboldtsche Richtung* ausdrücklich ausgeschlossen, dagegen unser Centralverband einzig und allein als berufene Gewerkschaft der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anerkannt worden. (Siehe Nr. 30 des Korrespondenz-Blattes der Generalkommission von 1897.) Der Aufruf hat somit für die Magdeburger Handels- und Transportarbeiter keine Bedeutung, sondern ist auf dem, am 25. Dezember in Kassel, in Buchbachs Lokal, Obere Schäfergasse 14, stattfindenden Berufskongreß aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter durch einen Delegierten vertreten.

A. Lübecke.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Kutscher Wilhelm Heinrichs hier, geboren 1864, erschwindelte sich am 28. April und 24. August d. J. von einem Kürschnermeister unter Vorspiegelung falscher Thatsachen je eine Mütze zum Preise von 3 Mark. Nach erfolgter Anzeige bezahlte die Mutter des Angeklagten die erste Mütze und gab die zweite zurück. Der Gerichtshof erkannte wegen *Betrugs* im wiederholten Rückfalle auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Die Schiffer Friedrich Kartung, geboren 1865, und Karl Franke, geb. 1864, zu Aken, betrieben auf der Elbe seit ... 1897 einen schwunghaften Proviantanhandel mit Schiffern und fuhren ihre Waren in einem Boote umher. Als Rückfracht sollen sie dann Getreide geladen haben, das Bootsleute von den beladenen Kähnen stahlen, und an den Getreidehändler Edmund Schneiderwindt daselbst, geboren 1860, billig verkauft haben. Sie hatten sich deshalb heute wegen *gemeinschaftlicher schwerer Hehlerei* zu verantworten. Die Verhandlung stellte fest, daß schon seit Jahrzehnten allgemeine Klage darüber geführt wird, daß auf den Aken passierenden Elbkähnen von den Bootsleuten Diebstähle in großem Umfange ausgeführt werden und daß die Diebe stets Abnehmer dort finden, die durch den Ankauf zu Spottpreisen reiche Leute werden. Die Behörden haben verschiedentlich erhebliche Belohnungen auf die Ermittelung der Thäter und Hehler ausgesetzt, aber noch fast nie soll es der Polizei in Aken gelungen sein, etwas zu ermitteln. Im vorliegenden Falle stellten die drei Angeklagten jede Schuld in Abrede. Aus dem Beweisergebnis war nicht zu ersehen, daß überhaupt ein Diebstahl ausgeführt war und daß die Angeklagten mit gestohlenem Gut gehandelt hatten. Es erfolgte daher ihre Freisprechung. —

Am 1. September d. J. abends, wurden zur Sedanfeier in der Jakobsstraße von einer Anzahl Rowdies Feuerwerkskörper abgebrannt und *allerhand Unfug getrieben*. Dadurch hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, in deren Mitte gejohlt und getobt wurde. Mehrere Schutzleute bemühten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Ihren maßvollen Aufforderungen, sich zu entfernen, kam das Publikum nur langsam und widerwillig nach, so daß ihnen die Ausübung ihres Amtes außerordentlich erschwert wurde. Einige sich außerordentlich widerspenstig zeigende Personen wurden zur Polizeiwache geführt, unter ihnen der schon öfter vorbestrafte Arbeiter August Gohlke hier, geboren 1858, der bei seiner Festnahme heftigen Widerstand leistete. Dabei wurde von dem Arbeiter Gustav Zierau, geboren 1870, und dem Konditorlehrling Robert Rolle, geboren 1880, hierselbst, in höhnischer Weise „Hurra“ gerufen, wodurch sie den Schutzmann beleidigten. Der Gerichtshof verurteilte Gohlke zu 14 Tagen Gefängnis, Zierau zu 10 Mark, Rolle zu 5 Mark Geldstrafe. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. —

Der vorbestrafte Arbeiter Karl Freier hier, geboren 1860, skandalierte in der Nacht zum 28. August d. J. auf der Straße, als er festgenommen wurde, leistete er Widerstand, *griff den Schutzmann thätlich an und beleidigte und bedrohte ihn*. Den Angeklagten traf zusätzlich ein Monat Zuchthaus. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Fleischer Gustav Schulte hier, geboren 1872, wegen *Kuppelei* zu neun Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt. —

Der Futterknecht Friedrich Schröter zu Biesen, geboren 1876, hatte mit den beiden Mägden auf dem Gute seines Dienstherren Streit gehabt. Um sich zu rächen, plante er, daß sie beim Melken der Kühe von diesen geschlagen werden und dadurch Schaden an der Gesundheit erleiden sollten. Zu diesem Zwecke mißhandelte er im September d. J. fünf Kühe in roher, Aergernis erregender Weise dadurch, daß er eine Kuh mit der Mistgabel in das Euter und den Oberschenkel stach und ferner vier Kühen mit einem Rasiermesser die Euter verstümmelte. Der Angeklagte erhielt wegen *Sachbeschädigung im Verein mit Tierquälerei* 4 Monate Gefängnis. —

Der vielmals bestrafte Arbeiter Louis Theil hier, geboren 1849, bedrohte am 21. September d. Js. seine Schwester, die ihn angeblich bei einer Erbschaft übervorteilt hatte, mit *Todschlag*, und wurde deswegen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Der Arbeiter Jakob S...ozyk zu Wanzleben, geboren 1874, schlug am 5. Oktober d. Js. einen Arbeiter wiederholt mit einem Baumpfahl, und dann, als er zur Erde gefallen war, mit einem Stein auf den Kopf. Der Gerichtshof erkannte wegen *gefährlicher Körperverletzung* auf neun Monate Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. —

Gewerbegericht Magdeburg.

Achtet auf den bestimmten Ausspruch der Entlassung. Die Kochmamsell St. sollte sich bei dem Hotelbesitzer Losse in der Speisekammer beschäftigen, oder auf einen Stuhl setzen, aber nicht kochen. Die St faßte diese Aeußerung als Entlassung auf und verlangt infolgedessen für vierzehn Tage 49 Mark Entschädigung. Auf Zureden nimmt Klägerin ihre Klage zurück, da sie nicht entlassen ist. —

Weil er bestohlen war, hörte der Knecht S. bei dem Fuhrherrn Ziebke auf, ohne zu kündigen. Als er seinen Lohn verlangte, wurde ihm die Zahlung desselben verweigert, da Z. eine höhere Schadensforderung geltend machte. Von der aufgestellten Gegenforderung erkannte aber das Gericht nur 2.95 Mark an, so daß Beklagter an den Kläger noch 10.50 Mark zu zahlen hat. —

Sein Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst hat der Knecht L. bei dem Fuhrherrn Ziebke. Der Restlohn in Höhe von 16 Mark wird dem Kläger einbehalten, da der Beklagte Schadenersatz verlangt. Von der Gegenforderung werden 10.26 Mark anerkannt; auf den Restbetrag einigen sich beide Parteien. —

Weil er gegrüßt wurde. Der wohl einzig dastehende Fall, daß ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber deshalb, weil er ihm an der Arbeitsstelle einen Gruß entboten, auf der Stelle entlassen worden ist, hat sich in einer oberschlesischen Industriestadt zugetragen. Selbstverständlich, so berichtet das Oberschlesische Tageblatt, schloß sich das Gewerbegericht, welches von dem Entlassenen um eine Entscheidung angerufen wurde, der Ansicht des Arbeitgebers nicht an, sondern verurteilte ihn, da die Entlassung des Arbeiters grundlos erfolgt war, zur Zahlung einer Entschädigungssumme auf die Dauer von vierzehn Tagen. Die Breslauer Morgenzeitung bemerkt dazu: Schade, daß wir von dem oberschlesischen Blatte über den sonderbaren Herrn, der sich durch einen Gruß beleidigt fühlt, nicht etwas näheres erfahren. Der Mann verdient als kulturhistorische Rarität vor der Vergessenheit bewahrt zu werden. —

Gegen den *früheren Kassierer des deutschen Bergarbeiterverbandes*, den im Essener Meineidsprozeß mit verurteilten Bergmann Johannes Meyer, war ein Verfahren wegen angeblicher Unterschlagung von 1200 Mark anhängig. Wie bürgerliche Blätter melden, ist nach eingehender Untersuchung das Verfahren jetzt endgültig eingestellt worden, da sich die völlige Unschuld Meyers herausgestellt hat. Das Volksblatt für den Wahlkreis Bochum bemerkt zu dieser erfreulichen Nachricht: „Es war für uns von vornherein klar, daß das Verfahren gegen Meyer einen solchen Ausgang nehmen mußte. Genosse Meyer ist wohl der Schwergeprüfteste von all den Opfern des Meineidsprozesses. **Weib und Kind ... ihm während seiner Strafzeit gestorben.** Die Kunde von der Einstellung des Verfahrens wird ihn, der seelisch ganz gebrochen ist, hoffentlich wieder aufrichten. Seine Strafzeit läuft im April nächsten Jahres ab.“ —

Ganz kleine Thatsachen.

Fräulein Paula Lombroso, die Tochter des bekannten Gelehrten dieses Namens, ist vor einiger Zeit, wie bereits gemeldet, zu 8½ Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen eines Artikels, den sie am 28. Mai im Grido del Popolo veröffentlicht hatte. Die Frankfurter Zeitung war in der Lage sich den Artikel zu verschaffen. Nachstehendes ist der Inhalt und teilweise Wortlaut des Fatti Minimi (ganz kleine Thatsachen) betitelten Artikels:

Die Verfasserin geht von einem Artikel des offiziösen Corriere della Sera aus, der die Sozialisten beschuldigt hatte, sie hätten revolutionären Zündstoff aufgehäuft und hätten ihren Jüngern den Durst nach unmittelbaren Vorteilen, den Abscheu vor ihrer Lage und die Wut der Zerstörungen und Plünderung eingeflößt. „Diesen Brennstoff“, sagte der Artikel dann, „haben nicht die Sozialisten fabriziert und gehandelt, sondern viel eher die Großgrundbesitzer und die durch den Protektionismus unterstützten Großindustriellen. Mir traten, als ich die Worte des Corriere las, eine ganze Reihe kleiner Thatsachen vor die Augen, deren Zeuge ich in den letzten Tagen gewesen bin, ganz gewöhnliche Dinge, die man fast gar nicht bemerkt, wenn man nicht geistig besonders dazu disponiert ist.“ Der Artikel erzählt dann von einem Briefträger, der 17 Jahre Dienst that, Familienvater ist, kränklich wurde, und den man dann entließ, ohne Pension, und auch ohne daß man ihm Zeit und Mittel zur Genesung ließ. Man warf ihn mit seiner Familie einfach auf die Straße. Ein anderes Beispiel. Fräulein Lombroso fragte in der Kleinkinderschule ein Kind, warum es zwei Tage gefehlt habe. Die Antwort war: „Wir haben die Wohnung gewechselt.“ Es war das dritte Mal im Jahre, daß die betreffende Familie ausziehen mußte, weil sie keine Miete zahlen konnte. Der Vater verdient täglich 1.50 Lire, die Mutter verdient als Monatsfrau 8 Lire monatlich, aber sie haben ein Kind auswärts, das 12 Lire monatlich kostet, drei weitere Kinder zu Hause, und das Kilo Brot kostet 48 Centesimi. Nun mache man die Rechnung! Nach einigen anderen Beispielen ähnlicher Art fährt Frl. Lombroso fort: „Alle diese Leute haben niemals etwas vom Sozialismus gehört, aber das hindert sie nicht, daß sie sich unglücklich fühlen, und daß sie unzufrieden sind, daß sie Hunger, Elend und Verzweiflung fühlen, daß sie die Ungerechtigkeit empfinden, deren Opfer sie sind, und daß sie von einem besseren Lose träumen. Das ist der Zündstoff, und das ist Zündstoff genug, den aber nicht die Armen und Elenden gesammelt haben. Wer hat den Zoll auf Getreide so hoch geschraubt, daß das Brot 50 Centesimi kostet? Wer verhindert die Gesetze über die Regulierung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern? Und wenn die Arbeiter sich vereinigen, gleich jenen, die sich zur Aufrechterhaltung hoher Zölle verbinden, wer verfolgt sie und vernichtet ihre Organisation? Und was ist denn in diesem unglückseligen Lande geschehen, um das Elend zu mildern und die Ungerechtigkeit zu beseitigen? Wie kann man erwarten, daß das Volk, das Hunger hat, sich für gesättigt hält? Hunger, Elend und Mangel an genügendem Arbeitslohn, das sind die Verführer, nicht die Sozialisten. Die Sozialisten schüren nicht, sondern sie versuchen, zu beruhigen, indem sie raten, zu protestieren, nicht mit Gewalt, sondern mit Organisation, mit Bildung von Widerstandsvereinen, mit Eroberung der Wahlurnen. So versprechen ihnen die Sozialisten, nicht für sie, sondern für ihre Söhne und Enkel, ein besseres Leben, wenn sie sich nicht der Verzweiflung überlassen. Die Sozialisten sind also die wachsamen Hüter des Brennstoffes und sie haben den Brand zu lokalisieren gesucht. Und weil diese Zündstoffwächter noch nicht genügend organisiert waren, darum ist der Brand so furchtbar ausgebrochen. Wenn Ihr aber glaubt, den Brand dadurch ersticken zu können, daß Ihr die Sozialisten unterdrückt, dann seid Ihr gerade so im Irrtum, wie etwa eine Versicherungsgesellschaft, welche die Brände durch Abschaffung der Feuerspritzen und Feuerwehren unterdrücken wollte.“

Dieser Artikel, so meint die Frankfurter Zeitung, ist etwas lebhaft geschrieben, aber er spricht durchaus die Wahrheit. Leider können und wollen die regierenden Klassen Italiens die Wahrheit nicht hören, und darum werden ihre Verkünder, ohne Rücksicht auf Stand, Bildung und Geschlecht, mit Gefängnis, Verbannung und Zwangsdomizil bestraft. Ob die Leute wirklich meinen, durch diese Gewaltpolitik die unaufhaltsam hereinbrechende Katastrophe bannen zu können? —

Eingesandt.

Die Eisenbahnverwaltung scheint sich noch nicht darüber zufrieden geben zu können, daß **die Rangierer auf Bahnhof Buckau** vor einigen Wochen die Arbeit eingestellt haben. Denn der Herr Bauinspektor Zachariä war erst am Montag wieder auf dem Bahnhof und hielt ihnen eine Rede — wie er sagte — im Auftrage der Direktion. Vermutlich wollte man sich erkundigen, ob die Rangierer nunmehr alle zufrieden sind. Aber davon kann keine Rede sein, hat doch die Verwaltung nicht alle Wünsche und Versprechungen berücksichtigt; eine gleiche Zulage ist bis jetzt nicht gewährt worden. Es waren 30 Pfg. versprochen, und doch bekommen die älteren nur 20, einzelne sogar nur 10 Pfg. Zulage. Von einem Teile der Rangierer wird ja angenommen, daß die Verwaltung sich geirrt habe und die Angelegenheit später regeln wird. Und nun zur Rede des Herrn Bauinspektors. Er teilte mit, daß die Direktion den Rangierern verziehen hätte, nachdem sie eingesehen, daß die Arbeitsleistung nach wie vor eine gute ist, was er für seine Person auch sagen könnte. Die Direktion und der Herr Bauinspektor selbst verziehen das Vorgehen der Rangierer auch aus dem Grunde, weil sie annehmen, daß die Rangierer wohl von einem „Hetzer“ verführt sein müßten. Er riet ihnen aber ab, noch einmal so vorzugehen. Die Verwaltung ließe sich unter keinen Umständen dies gefallen, die Rangierer würden dann alle entlassen, in zwei Stunden wären sie ersetzt. Die Rangierer sind aber nicht so ängstlich. Man hat ja gesehen, was die paar Mann geleistet haben an jenem Abend, die sonst auf dem Personen-Bahnhof beschäftigt sind. Sie haben nur ... Gänge gemacht, und die sind verkehrt gelaufen. Außerdem wurde noch eine Lori Briquet abgeladen, welche Arbeit fast eine Stunde in Anspruch nahm. Die Rangierer haben schon öfter gesehen, daß Leute, die von anderen Bahnhöfen kamen und dort ganz tüchtige Arbeiter waren, in Buckau erst wieder lernen mußten. Und so geht es auch den Buckauer Rangierern, wenn sie auf andere Bahnhöfe kommen. Mit ruhigem Gewissen können die Rangierer die Versicherung geben, daß, wenn die ungleichmäßige Lohnaufbesserung kein

Irrtum, sondern feststehende Thatsache ist, [illegible] um Unzufriedenheit zu erregen.

Glaubt vielleicht die Verwaltung, daß bei gleichmäßiger Lohnaufbesserung die Löhne der Rangierer die Löhne der Industriearbeiter übersteigen würden? Dem gegenüber wollen wir aber erklären, daß die Löhne der Rangierer mit den Löhnen der Industriearbeiter noch nicht auf einer Stufe stehen. Der Anfangslohn ist noch 2.50 Mark und der Endlohn, welcher, wenn er so bleibt, 3.10 Mark beträgt, kann auch erst nach einem halben Menschenalter erreicht werden.

Uebrigens ist die Rangierarbeit auch gar nicht mit Lohnarbeit zu vergleichen, sie erfordert zuweilen noch mehr Anstrengung als Accordarbeit. Essen ist dabei Nebensache. Und hauptsächlich ist bei Nacht der Dienst sehr anstrengend, Eßpausen sind garnicht vorhanden. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige und wird in diesen zwölf Stunden eine Accordarbeit geleistet, welche der jüngste Rangierer mit 2.50 Mark, die Wintermonate mit 2.60 Mark bezahlt bekommt. Nun sagt natürlich die Verwaltung, die Rangierer haben gute Zeit, sie haben in der Woche mehrere mal Ruhe. Wir bitten die Verwaltung, einmal auszurechnen, wieviel Stunden die Rangierer in fünf Wochen arbeiten und, wieviel ein Industriearbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit. Es kommen da bei einem Rangierer 336, bei einem Industriearbeiter 300 Stunden heraus. Ein Rangierer mit 2.50 Mark Lohn, welcher Lohn einem Teile noch gezahlt wird, denn alle bekommen die Winterzulage von 10 Pfennig nicht, hat also 840 Mark in 336 Stunden und ein Industriearbeiter bei 3 Mark Lohn verdient in 300 Stunden 900 Mark. Würde er in dieser Zeit Accordarbeit machen, die eben nicht anstrengender ist als die Rangierarbeit, so würde er noch bedeutend mehr verdienen. Die Verwaltung weist auf ihre Wohlfahrtseinrichtungen hin: Krankenkasse, Invaliden- und Pensionskasse.

Der Kranken- und Invalidenkasse muß jeder Arbeiter angehören, diese hat die Verwaltung aus sich nicht geschaffen. Und dafür bezahlen die Arbeiter ihr schweres Geld. Die Pensionskasse, für welche zweimal soviel gesteuert werden muß, als für die Invaldenkasse, ist ja den Arbeitern aufgezwungen, keiner wünscht sie, weil sich keiner viel davon verspricht. Wird dieselbe aufgehoben, so würden die Rangierer die größte Freude haben. Es wird dann noch mit aufgezählt die Unterstützung, die in Notfällen gewährt wird. Es ist gut, daß wir an diese Einrichtung erinnert werden. Um Unterstützung schreibt man erst dann, wenn man in der allergrößten Not ist.

Als Beweis, daß Not vorhanden ist, will die Verwaltung Schuldscheine zum Gesuch oder ähnliches beigelegt haben. Hat nun jemand Schuldscheine im Betrage von 80 oder 100 Mark beizulegen, so kann er auf 15 bis 20 Mark rechnen. Wenn die Verwaltung den Rangierern den Lohn giebt, der ihnen zusteht — augenblicklich nur den versprochenen — dann werden diese Gesuche um Unterstützung auch aufhören.

Denn was haben sie durch diese Unterstützung? Mehr als einmal darf wohl kein Mann im Jahre um Unterstützung einkommen. Jeder kommt nicht um Unterstützung ein, viele auch dann nicht, wenn sie in größter Not sind. Rechnen wir nun einmal aus, was die Verwaltung an Unterstützung ausgiebt. Es sind ungefähr 100 Rangierer in Buckau beschäftigt. Von dieser Zahl schreiben, hoch gerechnet, jährlich zehn Mann um Unterstützung. Und diese bekommen (wir wollen wiederum hoch rechnen) je 30 Mark. Kommt also auf den einzelnen in zehn Jahren eine Unterstützung von 30 Mark. Damit braucht sich also die Verwaltung nicht zu brüsten. Soviel für heute! —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Jüngst tagte hier eine **öffentliche Sattler- und Tapezierer-Versammlung**, welche sich mit dem Kost- und Logiswesen bei den hiesigen Innungsmeistern beschäftigte. Kollege Saffenbach-Berlin hielt hierüber ein eingehendes Referat, schilderte die schlechten Lohnverhältnisse in der Sattlerbranche und forderte die hiesigen Sattler auf, sich der Organisation anzuschließen, um die hier herrschenden Verhältnisse etwas zu bessern. In der Diskussion deckten etliche Kollegen die traurigen Zustände verschiedener Werkstätten auf, welche unbedingt abgeschafft werden müssen. Es giebt hier noch Werkstätten, wo die Gehilfen täglich 13 Stunden ohne besondere Pausen arbeiten und womöglich noch Ueberstunden machen, für letztere jedoch nichts erhalten. Ferner soll es vorkommen, daß einigen Kollegen der Hausschlüssel entzogen, dieselben daher eine Versammlung nicht besuchen können. Es wurde alsdann vom Kollegen Kuhnert ein Antrag gestellt, Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik unter den hiesigen Kollegen zu verbreiten, um so die Lohnverhältnisse der hiesigen Sattler besser kennen zu lernen, damit man weitere Schritte betreffs der Organisation thun kann. Kollege Marwitz forderte dann [illegible] Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Alsdann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Bürgerhaus“ tagende öffentliche Versammlung der Sattler und Tapezierer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie verspricht, für den Ausbau der Organisation, insbesondere des Deutschen Sattler- und Tapezierer-Verbandes eine rege Agitation zu entfalten, gleichzeitig verpflichten sich die Kollegen, die Arbeiterpresse „Volksstimme“, das einzige Organ, welches die Arbeiterschaft vertritt, mehr wie bisher zu unterstützen.“ Schluß der gut besuchten Versammlung 11 Uhr.*) —

Eine gutbesuchte **öffentliche Schneiderversammlung** tagte am 14. November im „Bürgerhaus“, in der Kollege Albrecht-Halle über das Thema: „Welche Vorteile bietet uns die Werkstattarbeit gegenüber der Hausarbeit“ referierte. Redner gab zunächst einen Ueberblick über die Entstehung der Hausindustrie, wie sich dieselbe nach Uebergang unseres Handwerks an die Kaufmannschaft zu einem maßgebenden Faktor emporgeschwungen hätte. Viele wären freiwillig zur Hausindustrie übergegangen, von den Motiven geleitet, sich dadurch eine bessere Existenz zu gründen, sie seien aber darin sehr getäuscht worden, das beweise der immer lauter werdende Ruf der Heimarbeiter nach Betriebswerkstätten. Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausarbeiter, wie das jetzige Produktions-System seien dazu angethan, das ganze öffentliche Leben zu gefährden, da es nicht selten vorkomme, daß im Arbeitsraum auch gekocht und geschlafen würde. Die Erhebungen bei den Konfektionsarbeitern im Jahre 1896 beweisen, daß sogar im Zimmer, wo Diphtheritiskranke lagen, Kleider angefertigt wurden. Aber nicht allein in der Konfektionsbranche seien diese Uebelstände zu verzeichnen; dieselben seien auch in der Maßschneiderei zu finden, da es dem Schneider bei den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, eine Wohnung zu bezahlen, wo er arbeiten kann, ohne sich und seine Familie an der Gesundheit zu gefährden. Darum sei es Pflicht eines jeden, danach zu streben, dieses System abzuschaffen und an deren Stelle Betriebswerkstätten einzurichten, da uns nur Werkstellen eine Garantie bieten, unsere Lage zu einer menschenwürdigen zu machen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde die Unhaltbarkeit der Zustände Magdeburgs in der Schneiderei geschildert, daß durch die Isolierung der Arbeiter die Löhne so weit heruntergedrückt seien. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im „Bürgerhaus“ tagende öffentliche Schneiderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erblickt in der Hausindustrie den größten Mißstand, welcher sich in der Schneiderei herausgebildet hat und erkennt, daß nur in der Erringung von Betriebswerkstätten unsere Zukunft begründet ist. Hierzu verpflichtet sich die Versammlung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, sowie für die Forderungen, welche die letzte Versammlung erhoben hat, einzutreten.“ Hierauf wurde eine dreigliedrige Lohnkommission gewählt und derselben zur Aufgabe gemacht, eine vollständigen Lohntarif auszuarbeiten und denselben in der nächsten öffentlichen Versammlung (am 28. November) den Anwesenden zur Beratung zu unterbreiten.

Vor einer gut besuchten Versammlung hielt am Mittwoch, den 16. d. Mts. in Burg der Schriftsteller Manfred Wittich einen **Vortrag über Sklaverei im Altertum.** Eine genaue Wiedergabe des außerordentlich lehrreichen Vortrages ist aus Raummangel nicht gut möglich; es sei daher nur auf die bedeutsamsten Punkte desselben hingewiesen. Redner weist eingangs seines Referats darauf hin, daß trotzdem wir im Zeitalter des Dampfes und der Elektricität leben, wir noch sehr viel von den alten Griechen und Römern lernen können, besonders gelte dies von der griechischen Kunst und von der römischen Gesetzgebung. Jedoch hat es auch zu damaliger Zeit viele Schattenseiten gegeben, zu deren dunkelsten Stellen die Sklaverei gehöre. Ursprünglich waren es am meisten Kriegsgefangene, welche zu Sklavendiensten verwendet wurden, später wurden aber auch nicht legitime Kinder verschuldeter Einwohner usw. als Sklaven verwandt. Außer den häuslichen Arbeiten, welche die Sklaven verrichteten, wurden dieselben auch schon zur Herstellung teilweiser Massenerzeugung herangezogen. Sklavenschutzgesetze wurden zu damaliger Zeit merkwürdigerweise sogar von den grausamsten römischen Kaisern geschaffen. Durch den Loskauf der Sklaven erwuchsen den Besitzern insofern Vorteile, als dieselben für die gleiche Summe sich immer wieder junge Sklaven anschaffen konnten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen war die Behandlung derselben eine rohe und schlechte. Mit der Erweiterung des römischen Reiches trat der Sklavenmangel ein, es folgten eine Reihe

[illegible] sie auseinander weben könne. —

Neuhaldensleben. Sonntag, den 6. November, tagte hierselbst im Lokale von Herzog eine Parteiversammlung, in welcher der Genosse Gärtner-Magdeburg über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen referierte. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat beschloß man die Beteiligung an der Wahl. Als Kandidaten der dritten Klasse wurden aufgestellt: der Handschuhmacher Aug. Blume und der Dreher Wilh. Mehling. — Am Sonntag, 20. November, referierte wiederum der Stadtverordnete Hugo Gärtner-Magdeburg über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. In derselben Versammlung wurde die Wahl des Vertrauensmannes und der Revisoren für Neuhaldensleben vollzogen. Der bisherige Vertrauensmann Aug. Blume wurde wiedergewählt. Als Revisoren die Genossen Heinr. Bode und Herm. Strauß.

*) Durch ein Versehen unsererseits verspätet aufgenommen.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	21. Nov.	+ 1.10	22. Nov.	—	—	—
Trotha	„	+ 1.46	„	+ 1.46	—	—
Alsleben	„	+ 1.24	„	+ 1.24	—	—
Bernburg	„	+ 0.88	„	+ 0.90	—	0.02
Calbe, Oberpegel	„	+ 1.42	„	+ 1.44	—	0.02
do. Unterpg.	„	+ 0.14	„	+ 0.18	—	0.04
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	21. Nov.	+ 0.08	22. Nov.	— 0.02	0.10	—
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	20. Nov.	— 0.06	21. Nov.	— 0.07	0.01	—
Laun	„	— 0.38	„	— 0.36	—	0.02
Budweis	„	— 0.06	„	— 0.08	0.02	—
Prag	„	— 0.48	„	— 0.35	—	0.13
Elbe.						
Pardubitz	20. Nov.	— 0.18	21. Novbr.	— 0.18	—	—
Brandeis	„	— 0.21	„	— 0.21	—	—
Melnik	„	— 0.58	„	— 0.58	—	—
Leitmeritz	„	— 0.45	„	— 0.48	0.03	—
Außig	21. „	— 0.33	22. „	— 0.32	—	0.01
Dresden	„	— 1.54	„	— 1.55	0.01	—
Torgau	„	+ 0.29	„	+ 0.25	0.04	—
Wittenberg	„	+ 1.04	„	+ 1.02	0.02	—
Roßlau	„	+ 0.49	„	+ 0.45	0.04	—
Barby	„	+ 0.86	„	+ 0.85	0.01	—
Schönebeck	„	+ 0.64	„	+ 0.60	0.04	—
Magdeburg	22. „	+ 1.00	23. „	+ 1.00	—	—
Tangermünde	21. „	+ 1.39	22. „	+ 1.38	0.01	—
Wittenberge	„	+ 1.01	„	—	—	—
Dömitz, Pegel	„	+ 0.53	„	+ 0.51	0.02	—
Lauenburg	„	+ 0.63	„	+ 0.61	0.02	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	20. Nov.	+ 2.22	21. Nov.	+ 2.21	0.01	—
do. Unterpegel	„	+ 1.10	„	+ 1.14	—	0.04
Oder.						
Kosel	20. Nov.	+ 0.69	21. Nov.	+ 0.78	—	0.09
Brieg Oberpegel	„	+ 4.42	„	+ 4.40	0.02	—
do. Unterpegel	„	+ 1.68	„	+ 1.64	0.04	—
Breslau Oberpg.	„	+ 4.86	„	+ 4.92	—	0.06
do. Unterpegel	„	— 0.68	„	— 0.78	0.10	—
Frankfurt	18. Nov.	—	19. „	+ 1.36	—	—
Küstrin	„	—	„	+ 1.06	—	—
Warthe.						
Posen	20. Nov.	+ 0.88	21. Nov.	+ 0.88	—	—
Küstrin	18. „	—	19. „	+ 0.88	—	—

Standesamt.

Magdeburg, 21. November.

Aufgebote: Arbeiter Herm. Gebbert in Leutzsch mit Elise Baum hier. Arbeiter Friedrich Albert Kretzschmar mit Luise Minna Scheibe in Osmünde. Comptoirist Franz Wischeropp hier mit Marie Heßler in Dessau. Barbier Otto August Ollenhauer hier mit Emma Anna Brösel in Biere. Schuhmachermeister Alb. Wogatzky hier mit Rosalie Bigner in Buckau.

Eheschließungen: Schlosser Herm. Kretschmer hier mit Minna Bieler in Köthen. Bäcker Friedrich Puritz hier mit Renate Fahrwaldt in Gr.-Salze. Posthilfsbote Wilhelm Muhl mit Auguste Nitzschke hier.

Geburten: Otto, S. des Kellners Hermann Merseburger. Charlotte, T. des kaufm. Geschäftsführ. Max Beneke. Margarete, T. des Kutschers Wilhelm Müller. Ernst, S. des Arbeiters Ernst Gabriel. Otto, S. des Schutzm. Mattheus Tiedens. Margarete, T. des Herrschaftsgärtn. Aug. Schüler.

Todesfälle: Erich, S. des Drahtwebers Emil Tannert, 2 J. 7 M. 14 T. Johanna, unehel., 1 J. 2 M. 13 T.

Totgeburten: Eine T. des Buchh. Friedrich Giese. Eine T. des Materialw.-Händl. Friedrich Maerz.

Sudenburg, 21. November.

Aufgebote: Arbeiter Theodor Karl Peter Lick mit Johanne Charlotte Anna Conrad hier. Stellmacher Albert Friedr. Köhler hier mit Anna Wilhelmine Luise Kolmar in Buckau.

Eheschließungen: Eisenbr. Friedr. Zippel mit Luise Heine. Schmied Karl Jaeke mit Martha Hesse. Arbeiter Jacob Kuseck mit Stanislawa Cholewa hier.

Geburten: Stanislaus, S. des Arb. Peter Felski. Paul, S. des Arb. Josef Markwitz. Frieda Bertha, unehelich. Martha Ida, unehel. Charlotte, T. des Handelsm. Gottlieb Söder. Gertrud, T. des Schlossers Otto Pohl.

Todesfälle: Wilhelm, S. des Maur. Wilhelm Faust in Sohlen, 2 J. 10 M. 24 T. Margarete, T. des Schmieds Adolf Marwitz, 6 M. 20 T.

Buckau, 21. November.

Geburten: Frieda, T. des Arbeiters Gustav Spangenberg. Martha, T. des Arb. Franz Heringhausen. Luise Ella Gertrud, unehel. Gertrud, T. des Form. Ernst Lorenz. Franz, S. des Arb. Franz Grapski. Hedwig, T. des Schloss. Friedr. Mennecke.

Neustadt-Magdeburg

Breite Weg 31. Breite Weg 31.

Eröffnung.

Einem hiesigen und auswärtigen Publikum machen hiermit bekannt, daß wir am **Mittwoch, den 23. November d. J.,** eine

Kur- u. Bade-Anstalt

eröffneten. — Wir empfehlen unsere hellen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden, gut ausgestatteten Räume zur Anwendung der **physikalisch-diätetischen Heilmethode** (Gesamtes Naturheilverfahren). Die sicherste Hilfe bei akuten wie chronischen Krankheiten jeder Art üben die **Dampfbäder, Packungen, Massagen usw.** von gut ausgebildetem, ärztlich geprüften Personal aus.

Bedienung **ohne Unterschied** streng reell, größte Sauberkeit garantiert, für Herren und Damen in streng geschiedenen Abteilungen.

Der Vorstand

der Kur- u. Badeanstalt des Naturheilvereins Magdeburg-Neustadt

(E. G. m. b. H.)

Todesfall: Luise geb. Kriebsch, Ww. des Oekonomen Friedrich Duchstein, 85 J. 9 M. 21 T.

Neustadt, 21. November.

Eheschließungen: Schmied Christ. Pitz mit Auguste Lietz. Arbeiter Louis Lorenz mit Mathilde Schwitzing, geborne Jäckel.

Geburten: Margarete, T. des Bildhauers Paul Tubandt. Erich, S. des Königl. Schutzm. Emil Schotte. Hans, S. des Sergeanten, Hilfsarb. bei der Intendantur der 7. Div., August Barsdorf. [illegible] T. des Arbeiters Gustav Kampe. Frieda, T. des Arbeiters Hermann Knöpke.

Todesfälle: Gustav, S. des Stuhlmachers Otto Ehrhardt. Helene, T. des Arbeiters Gustav Graffel, 1 J. 4 M. 28 T. Frieda, T. des Schlossers Ludwig Kühle, 1 J. 1 M. 26 T. Karl, S. des Feuerwehrmanns Karl Wolf, 3 J. 9 M. 1 T. Pensionierter Ge-meister August Sixtus, 71 J. 29 T.

Groß-Ottersleben.

Aufgebote: Schutzmann Jul. Köde in Bernburg mit Luise Hoffe hier. Bäckermeister Emil Rogge [illegible] Renate Böhne h. Schneidermeister Otto Bauermeister mit Martha Meier h. Arb. Heinrich Lene hier mit Emma Sürzebecher in Diesdorf.

Eheschließungen: Handelsgärtner Hermann Klemme mit Elise Kreplin hier. Arb. Karl Wollmeyer mit Bertha Mylius hier. Hilfsbremser Albert Hage mit Luise Götze hier. Restaurateur Alois Kuhn in Magdeburg mit Ottilie Haack hier. Schloss. Albert Hellige mit Franziska Wilhelm hier. Schlosser August [illegible] Anna Dankwort hier. Fleischer Ernst Timmroth in Magdeburg-S. mit Martha Hesse hier.

Geburten: Gustav Mathias, S. des Maurers Karl Gustav Sandring in Lemsdorf. Wally, T. des Schlossers Friedrich Nagel in Lemsdorf. Otto Wilhelm, S. des Arb. Hermann Ragutz hier. Friedrich Gustav Albert, S. des Maurers Andreas Stribbe in Benneckenbeck. Emma Frieda, T. des Stellmachermeisters Wilh. Behrens hier. Frieda Meta, T. des Kesselschmieds Anastasius Baschenski hier. Frieda Ida, T. des Arb. Rud. Emil Kern hier. Christ. Herm., S. des Arb. Hermann Schrader h. Frieda Olga, T. des Arb. Siegfried Künzel in Benneckenbeck. Selma Meta, T. des Arb. Rich. Süßmilch hier. Anna Emma, T. des Zimmerers Albert Schrader hier. Emil Otto, S. des Tischlers Herm. Schooff hier. Frieda Martha, unehelich. Willy, unehelich. Erich Friedrich, S. des Arb. Friedrich August Hoppe in Benneckenbeck.

Todesfälle: Lehrer Friedrich Wilh. Ebert hier, 34 J. 8 M. 5 T. Hulda Meta Wunderling hier, 4 M. 27 T. Alb. Aug. Weber hier, 5 M. 7 T. Frieda Meta Baschenski hier, 5 T. Arb. Josef Rogge hier, 62 J. 6 M. 24 T. Willy Gebhardt hier, 4 St. Gasarbeiter Heinrich Hecht hier, 58 J. 8 T.

Sehenswürdigkeiten.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.

Stadt-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10—1½ Uhr.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Grusonsche Gewächshäuser im Friedrich Wilhelms-Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. An jedem 1. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pfg., nachmittags 10 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militärgemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

[illegible] Eintritt frei.

[illegible] Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Unterhaltungsteil.

Ein Brandstifter.

Von M. Minastenicz.

(Fortsetzung.)

Anton ging gesenkten Hauptes davon und stellte sich demütig an der Thür der sogenannten Kanzlei auf. Hier pflegte er auf die Auszahlung des wöchentlichen Lohnes am Sonnabend, manchmal bis spät in die Nacht hinein, zu warten, öfters bekam er nur die Hälfte dessen, was ihm gebührte, aber stets erhielt er etwas, wovon er wenigstens die drückendsten Schulden bezahlen konnte, um die ganze Woche neue machen zu können. Damals gab man ihm Brot auf Kredit, weil man wußte, daß er den ganzen Verdienst abgeben, keinen betrügen, keinem etwas verleugnen werde. Aber heute, wer soll ihm trauen, dem armen Teufel, ohne Arbeit, ohne morgen? Diese längst vergangenen, zuweilen so schweren Zeiten erschienen ihm heute wonnevoll und beneidenswert. Da kehrte er müde und abgearbeitet nach Hause, aber er konnte ausruhen. Die Frau hielt ihm einige Löffel magerer Suppe warm, die Kinder klagten nicht über Hunger, und er tröstete sich mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ach, was ist aus allen diesen Hoffnungen geworden!

Lange stand er da, in solche Gedanken versunken; die Dunkelheit war schon längst herangebrochen, als endlich eine Thür aufging und der gnädige Herr erschien, um sich in sein Kabinet zu begeben.

„Ach, Du wartest! Mein Gott, diese Menschen lassen einem sogar bei Nacht keine Ruhe. Was willst Du von mir?“ fragte er mürrisch, indem er Anton mit zornigen Blicken musterte.

Die vorbereitete Ansprache verschwand mit einem Male aus Antons Gedächtnis, er konnte keinen gedrechselten Ausdruck finden und stammelte fast gedankenlos das einzige Wort: „Brot!“

„Wie komm' ich dazu, Tagediebe und Hetzer, wie Du, zu füttern? Schulde ich Dir etwas?“

Der ungerechte Vorwurf versetzte Antons Blut in Aufruhr und nun kamen ihm Worte von den Lippen, die die Vorsicht nicht mehr zügelte.

„Ich bin kein Hetzer, Herr. Fünfzehn Jahre habe ich redlich bei Ihnen gearbeitet, nicht einmal ein Stückchen alten Eisens habe ich hinausgetragen, habe nichts gesagt, nichts gefordert, so lange der Lohn zu einem Stück Brot reichte. Nicht betteln bin ich gekommen, sondern um Arbeit bitten, ich möchte für den kärglichsten Lohn arbeiten . . .“

„Aber ich will Dir keine Arbeit geben, ich habe andere zur Arbeit! Pack' Dich!“ schrie der Fabrikant, als er merkte, daß Anton erhobenen Hauptes und mit blitzenden Augen sich anschickte, ihm zu antworten. „Mach' Dich aus dem Staub oder ich lasse die Polizei holen.“

„Ha, ha, ha!“ lachte Anton, „Sie fürchten sich vor mir, Herr? Habe ich jemals ein Geschöpf gekränkt? Habe ich jemals die Hand gegen einen Menschen erhoben? Aber wissen Sie, Herr, der ehrlichste Mensch kann, wenn er den Kindern nichts in den Mund zu thun hat, zum Räuber werden, und sogar ein Hund, wenn er hungrig ist, beißt er . . .“

Antons Stimme widerhallte laut in dem weiten Korridor und lockte den ältesten Sohn des Hausherrn herbei. Sofort ließ er Polizisten kommen. Ohne Antons Erklärungen zu beachten ergriff man ihn und führte ihn in das Polizeigefängnis ab.

Als man ihn tags darauf freiließ, ging er wankenden und unsicheren Schrittes nach Hause. So mancher Vorübergehende hatte ihn im Verdacht, daß er zu so früher Stunde schon das Schanklokal aufgesucht — aber keinem fiel es ein, daß das Leiden diesen Riesenorganismus schwächen konnte. Er aber litt schrecklich. Nicht weil er selber vierundzwanzig Stunden nichts im Munde gehabt, an seinem Herzen nagte Schmerz und schwere Unruhe, weil er gestern nicht einen Brosamen nach Hause gebracht und nun mit leeren Händen kam.

An den reichbesetzten Krambuden vorübergehend, sah er einen Haufen sich drängender Herren und Damen, alle geschäftig beschäftigt; sie gingen und kamen aus den Handlungen mit einer Menge Päckchen in den Händen. Anton dachte, daß man einige Kreuzer verdienen könnte, wenn man jemand von ihnen die Packete nach Hause trüge. Hoffnung trat in sein Herz, er stellte sich an die Thür einer stark besuchten Handlung und bot mehreren der Vorübergehenden seine Dienste an. Die einen würdigten ihn keiner Antwort, andere wandten sich mit Ekel von ihm ab, wieder andere befahlen ihm zornig, sich zu entfernen. Endlich gegen mittag bemerkte er ein junges Ehepaar, das vollbeladen mit Spielzeug und Nippsachen aus der Handlung trat.

„Mein Lieber, damit wirst Du Dir keinen Rat schaffen, nimm jemand, der das alles zum Wagen trägt.“

„Ich möcht's hintragen,“ flüsterte Anton schüchtern.

Die Dame blickte ihn im ersten Moment mit Abscheu an, dann blitzte etwas wie Mitleid in ihren Augen auf — sie mochte vielleicht den Schmerz und die Verzweiflung in diesen wilden Zügen gelesen haben; aber der Mann versetzte rasch:

„Ich kann das nicht dem ersten besten Landstreicher anvertrauen . . . Den da müßte ich überwachen, damit er uns nicht fortlaufe. Ich lasse es lieber im Geschäft zurück, dann holen wir es . . .“

Anton trat einen Schritt zurück, kraftlos lehnte er an der Wand, in den Augen dunkelte es ihm. Also, weil er arm, hat man auch schon das Recht, ihn für einen Dieb zu halten? Wird sich niemand seiner erbarmen?

Die Straße leerte sich immer mehr, er stand schon lange an derselben Stelle und hatte ganz das Zeitbewußtsein verloren. Die Mittagsstunde war längst vorüber . . .

(Schluß folgt.)

„Freie Liebe“ unter kaiserlich russischer Flagge.

Eine entsetzliche Schilderung der empörenden Zustände in der sibirischen Strafkolonie auf der Insel Sachalin, die unter der Flagge des russischen Kaisers und unter thätiger Beteiligung seiner Beamtenschaft ruhig fortbestehen, veröffentlicht im Berliner Tageblatt der Reisende Eugen Wolf.

Von einer Rückkehr nach Rußland, so heißt es da, kann für die Frau, die mit den Kleinen dem Manne ins Exil nachgefolgt ist, nicht die Rede sein. Die Verwaltung begünstigt wohl die Einfuhr von Weibern, indem sie die Reisekosten vom Einschiffungshafen bis Sachalin trägt, zur Rückkehr bietet sie die Hand nicht, selbst wenn es den Aermsten noch so schlecht ergeht. Dadurch kommt es, daß Frauen und Mädchen zur „freien Liebe“ ihre Zuflucht nehmen müssen, um nicht zu verhungern. Die Mehrzahl des von einem Dampfer der freiwilligen Flotte im Laufe des Sommers auf Sachalin abgeladenen Schubes von Frauen und Mädchen bekommt, angenommen, daß die Mädchen während der Ueberfahrt ehrbar und die Frauen ihren Männern treu geblieben, schon gleich bei der Landung in Korsakow einen Vorgeschmack dessen, was ihrer auf der Insel erwartet.

In Korsakow befindet sich unten am Strande (von der See aus gesehen rechts) unterhalb der Dienstwohnung eines Kolonieninspektors, Namens Glinka (der ebenso wie sein Kollege Bestuchew, den man leider jetzt zum Gefängnisdirektor gemacht hat, unter anderem ein sehr lukratives Schnapsschmuggel-Geschäft in der Weise betreibt) die sogenannte „Quarantänestation“ für Sachalin, eine große halbverfallene Holzbaracke mit einzelnen Nebenkammern (für die Untersuchung der weiblichen Passagiere), das ganze von hohen Holzpallisaden umgeben. Bei der Landung müssen sowohl sämtliche Sträflinge wie freie Kolonisten beiderlei Geschlechts diese Quarantänestation passieren, um sich einer ärztlichen Untersuchung auf ansteckende Krankheiten zu unterwerfen. Diese Untersuchung ist indessen nur ein Vorwand, denn die Reisenden haben ja bei der Ankunft in Wladiwostock bereits etwa 45 Reisetage auf See hinter sich, eventuelle Fälle von Cholera, Pocken, Dysenterie usw. müssen sich demnach schon lange vor der Ankunft auf Sachalin gezeigt haben. In der Quarantänestation von Korsakow vollzieht sich aber eine ganz andere Untersuchung als die auf ansteckende Krankheiten. Hier wird auf gesundes weibliches Menschenfleisch gefahndet. Sobald die Frauen — deren Männer, wenn es freie Kolonisten (unter Aufsicht stehende Korrigenden) sind, zumeist vorher wissen, mit welchem Dampfer sie ihre Frauen zu erwarten haben, zu welchem Zwecke sie viele Meilen vom Lande hereinkommen, um die so lange Entbehrten abzuholen, — sowie die ledigen Mädchen innerhalb der Thore der Quarantänestation angelangt sind, werden die Thore geschlossen und Wachen vor denselben postiert. Inzwischen haben diejenigen Beamten und Unterbeamten, verheiratete nicht ausgeschlossen, die für ihren Haushalt neuer weiblicher Dienstboten, „frischer Ware“ Bedarf zu haben, zum Vorwand nehmen, sich innerhalb des Quarantäneblockhauses eingefunden. Während die Ehegatten oder Väter der einer körperlichen Untersuchung unterworfenen Weiber und Mädchen unter Aufregung und Angst außerhalb der Pallisaden darauf warten, daß man ihre Lieben freigebe, vollziehen sich im Innern des Gebäudes Scenen und Auftritte, die man weder in einer Zeitung noch in einem Buche veröffentlichen kann, ohne wegen Verletzung der Gesetze der öffentlichen Moral vor den Staatsanwalt zu kommen. Eingeschüchtert von den Beamten, unter Drohungen, falls sie nicht nachgeben wollen, unter Versprechungen für eine Milderung des Loses ihrer Gatten oder ihrer Väter, vollziehen sich hier die „Engagements“ für den „Dienstantritt“. Die höheren Beamten nehmen sich dabei das Vorrecht des Vertrages mit der kräftigsten, gesündesten, frischesten und jüngsten weiblichen Ware, dann kommen die Unterbeamten, Gefängniswärter usw. an die Reihe, alsdann dürfen die Soldaten es versuchen, sich gegen Versprechungen von Geld, kleinen Geschenken, wie seidenen Halstüchelchen, falschen Geschmeides usw., einen „Schatz“ zu sichern.

Erst nachdem auf oben beschriebene Weise die Verteilung des neuangekommenen weiblichen Elementes stattgefunden, der „Weibermarkt“ beendet ist, werden die Thore geöffnet. Gatten und Väter können alsdann mit dem weiblichen Teile ihrer Familie den Heimweg antreten — vorausgesetzt, daß letztere inzwischen nicht zum Teil oder ganz in andere Hände übergegangen ist!

Und diese „Ordnung“ glaubt gegen die erlogene „freie Liebe“ der Sozialdemokratie auftreten zu können! —

Die Frauenpost.

Eine russische Frauenzeitung wird unter Leitung von Frau Paschkow-Tolstoi vom nächsten Jahre ab in Petersburg erscheinen. Das Blatt soll behandeln: Geschichte der Entwicklung der Frau und ihre Stellung in der Familie, Gesellschaft und im Staat; Chronik der Frauenbewegung im Inlande und im Auslande; Biographie hervorragender Frauen; Berichte über Frauenkongresse und über Frauenvereine; Kritik der Litteratur über die Frauenfrage; Stimmen aus der Provinz; Vermischtes und Bekanntmachungen. —

Zum Ehrendoktor der Universität München ist Lady Blennerhassek, die Verfasserin interessanter Werke über Frau von Staël und über Talleyrand, ernannt worden. Eigentümlich berührt diese Ernennung, wenn man bedenkt, daß gerade diese Universität weibliche Studenten streng ausschließt und die Regierung, der sie angehört, die Einrichtung von Mädchengymnasien nicht gestattet. —

Eine Reorganisation der russischen Mädchengymnasien wird vorbereitet. Man will sie den Knabengymnasien ähnlicher gestalten, denkt aber auch daran, für beide die Versetzungs-Examen abzuschaffen, um den Kindern die gesundheitsschädlichen Aufregungen zu ersparen. —

Eine Protestbewegung der italienischen Frauen gegen die Sträflingsbehandlung der von den Kriegsgerichten wegen politischer Vergehen Verurteilten ist im Gange. Die Initiative dazu hat eine angesehene Mailänderin, Alessandrina Ravizzo, ergriffen. Auf ihren Aufruf hin hat sich eine Gruppe von Frauen — der Bourgeoisie angehörend — zusammengeschlossen, welche in vielen Tausenden von Exemplaren eine Eingabe an die Regierung zur Unterzeichnung verbreitet. In der Eingabe wird gefordert, daß die wegen politischer Vergehen Verurteilten nicht den gemeinen Verbrechern gleich behandelt werden, und daß ihnen insbesondere Lektüre, geistige Beschäftigung und bessere Kost ꝛc. gewährt wird. Der Eingabe ist ein Aufruf „An die italienischen Frauen“ beigefügt, in dem es heißt: „Italienische Frauen! Zeigen wir — indem wir unseren Namen in die beiliegende Liste einzeichnen — daß auch wir mit dem Leben unseres Landes leben, uns würdig fühlen der hohen Ideale, der Traditionen der Ritterlichkeit und des Patriotismus und der heiligen Erinnerungen, die in jedem italienischen Frauenherzen lebendig sind. . . . Vereinigen wir uns in dieser Manifestation.“ —

Amerikanische Frauen treten von Jahr zu Jahr zahlreicher in das Kunst- und Erwerbsleben ein. Im Jahre 1870 gab es in den Vereinigten Staaten nur 692 Schauspielerinnen, heute zählt man deren nahe an 4000. Nur einen einzigen weiblichen Architekten gab es 1870 in Amerika, heute haben wir 53. Die Zahl der Malerinnen belief sich damals auf 412, heute sind es, man höre und staune, 16 000. An schriftstellernden Frauen besaß Amerika nur 159 und jetzt sind es 3161. Die weiblichen Pastoren sind von 67 auf 1522 gestiegen, die Zahnärztinnen von 24 auf 417. An Journalistinnen gab es einst 35, Aerztinnen 527 — jetzt sind es 471 resp. 6882. Auch von Theaterdirektorinnen giebt es jetzt bereits jenseits des Oceans 948, während man vor etwa 25 Jahren kaum 100 kannte. —

Vermischte Nachrichten.

Aus Bad Rehburg berichtet ein Agrarierblatt: Ein Pistolenduell zwischen dem hiesigen Oberförster und dem hiesigen Assistenzarzt Dr. Kundt hat dieser Tage im Schaumburger Walde im Forstorte Heellort stattgefunden. Die Kugel des Oberförsters zersplitterte den Pistolenschaft des Gegners und fügte dem Arzte am Daumen der rechten Hand eine Verletzung zu. —

Vom Prostitutionsmarkt der bürgerlichen Presse. In der vorletzten Nummer des Leipziger Tageblatts, eines Organs für Sitte, Moral und Heiligkeit der Ehe lesen wir: „Zum heiligen Christ wünsche ich mir eine recht gute brave Frau. Ich bin 33 J. alt, ev., v. groß. Fig., gesund, solid; angef. Stellung, aus eig. Kraft gesch., gut eingeführtes Fabrikgeschäft, alles ist da; nur Geld ist bei mir das wenigste. Zur Einrichtung eines behagl. Nestchens, welches auf sicherer Grundlage ruht, ist es deshalb leid. nötig, daß die Frau außer Sinn für Häuslichkeit u. sonst. gut. Eigenschaften Mk. 50 000 mitbringt.“ Zum heiligen Christ für 50 000 Mark ein behagliches Nestchen — wer hat Lust? —

Parlamentarische Redeblüten. Wie das Neue Wiener Tageblatt berichtet, hat eine der jüngsten Sitzungen des Ausgleichs-Ausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses einige hübsche Redeblüten zu Tage gefördert. So sagte ein Redner: „Ungarn ist ein Blutegel, der seine eigenen Wege geht.“ Ein anderes Diktum lautet: „Da sieht man die Schlange, die sich unter dem harmlosen Text verbirgt.“ Ein anderer Satz: „Man trachtet, daß die Krankheit einen letalen Ausgang nimmt. Da wird man endlich los davon!“ In einer früheren Sitzung sagte ein Redner: „Ich habe mit dem Ministerpräsidenten ein persönliches Hühnchen zu pflücken!“ —

Heiteres.

Vorschlag zur Güte. „Die neue Posse hat Dir nicht gefallen.“ „Nein, meiner Schwiegermutter dagegen ausgezeichnet, die hat sich halb tot gelacht.“ „Hm, vielleicht schickst Du sie nochmals hinein?“ —

* * *

Das Wichtigere. Onkel: „Diese alten Münzen habe ich mühsam gesammelt, nach meinem Tode gehören sie Dir!“ Neffe: „Du hast doch hoffentlich auch neuere Münzen gesammelt, lieber Onkel?“ —

* * *

Küchen-Zoologie. Köchin: „Soll ich mal Kabljau mit Senfbutter machen, gnädige Frau?“ Gnädige Frau: „Ach nein, ich esse keine Seefische, außer natürlich Austern.“ —